

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Das Erste Österreichische  
Universalmietrechtsgesetz  
Ruth Becher

Ein Blick in  
den Spiegel  
Stephan Schimanowa

Vom System  
zur Alternative  
Max Lercher

Zu Arbeitsbegriff und  
Einkommensunterschieden  
Max Lercher

**SCHAULUST**  
DIE EROTISCHE  
FOTOGRAFIE VON  
ALFONS WALDE  
FOTOMUSEUM WESTLICHT



***EIGENINSERAT AUF  $U_2$ !***

# EDITORIAL

Erwartungsgemäß hat der Bericht der HYPO-Kommission in der Öffentlichkeit eingeschlagen wie eine Bombe. Dass dabei der skandalöse Umgang des Landes Kärnten und seiner BZÖ/FPK-geführten Regierung gegenüber den angeprangerten Verfehlungen in den Hintergrund trat, ist dabei nicht unwesentlich darauf zurückzuführen, dass die Regierung jahrelang jede ernsthafte Untersuchung der Vorgänge vermeiden wollte und nun umso kritischer das Handeln rund um die »Notverstaatlichung« beleuchtet wurde. Bemerkenswert ist dabei, wie sich die politisch Verantwortlichen elegant aus der Affäre zu ziehen versuchen: Während sich die Strache-FPÖ tatsächlich unverschämt genug ist, »Haltet den Dieb« zu schreien, ist besonders die Reaktion von Neo-Finanzminister Schelling beachtlich. Die Griss-Kommission hatte seinem öVP-Amtsvorgänger bescheinigt, ohne jede profunde Lagebeurteilung und Strategie verhandelt und dadurch Milliarden verloren zu haben. Während der frühere SPÖ-Staatssekretär und aktuelle Klubobmann Andreas Schieder, zu argumentieren versuchte, dass man zwar den Prozess anders gestalten hätte können, aber auch der Griss-Bericht keine Alternative zur Verstaatlichung aufzeige, ließ Schelling wissen, er sei immer schon der Meinung gewesen, es habe Alternativen gegeben. Ein FPÖ-Landeshauptmann hat Milliarden verzoockt, ein öVP-Finanzminister trat ohne jeden durchdachten Plan zur folgensweren Verstaatlichung der Bank an, ein SPÖ-Politiker versucht allein auf weiter Flur zu rechtfertigen, dass man etwas unternehmen habe müssen. Nun erweist es sich endgültig als Bumerang, dass man die Klärung der Vorgänge und der politischen Verantwortung so lange verzögert und aus dem Parlament zunächst an eine Kommission ausgelagert hat. Die bisherige Arbeit der Kommission hat eine frühere Höchststrichterin zur als präsidial gelovenden Aufdeckerin der Nation gemacht. So verdienstvoll ihre Arbeit war – um wieviel mehr hätte es unserer Demokratie gedient, wenn es das Parlament gewesen wäre, das die Funktion der Aufdeckung und Kontrolle eingenommen hätte – eine Rolle, für die es ja laut Verfassung auch da ist.

In einer ganz anderen Frage nehmen die ParlamentarierInnen ihre Verantwortung im besten Sinn war. Nachdem die Mietrechtsdebatte seit Jahren feststeckt hat, **SPÖ-Wohnbau-**

**sprecherin Ruth Becher** einen **Vorschlag für ein neues Universalmietrecht** präsentiert. In ihrem Beitrag stellt sie ihren Entwurf vor.

Die Verbrechen der IS-Milizen schockieren die Welt ebenso, wie die positive Resonanz auf die die Dschihadisten auch in der westlichen Welt treffen. Der in der Jugendarbeit tätige **Stephan Schimanowa** argumentiert in seinem Beitrag dafür, **Ursachen für den propagandistischen Erfolg der Dschihadisten** weniger in religiösen und **verstärkt in gesellschaftlichen Zusammenhängen** zu suchen.

Das Gedenken an den mauerfall und das damals ausgerufene »Ende der Geschichte«, nimmt **Karl Czasny** zum Anlass, das **Fehlen der Utopien** in der Linken kritisch zu betrachten und auch für deren aktuelle Schwäche mitverantwortlich zu machen.

**Stephan Schulmeister** dokumentiert in seinem schriftlichen Beitrag die wesentlichen Inhalte seiner **Rede** beim Bundestag des BSA am 06.12.2014 in Linz.

**Helga Hieden-Sommer** analysiert die Bedeutung wirtschaftstheoretischer **Begriffe** für politische Debatten im Kontext von **Familien- und Gleichstellungspolitik**.

Nach einer ausführlicheren **Buchbesprechung** von **Stefan Brocza** folgen die **Buchtipps** und das **Schlusswort von Markus Marterbauer**.

Wir wünschen erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Für die Redaktion,



# Inhalt



**Alfons Walde**

Selbstporträt um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien

- 6 Das Erste Österreichische  
Universalmietrechtsgesetz**  
VON RUTH BECHER
- 12 Ein Blick in den Spiegel**  
VON STEPHAN SCHIMANOWA
- 18 Der Verlust der Utopie**  
VON KARL CZASNY
- 22 Die Partei des kleineren Übels**  
VON STEPHAN SCHULMEISTER
- 26 Vom System zur Alternative**  
VON MAX LERCHER
- 30 Zu Arbeitsbegriff und  
Einkommensunterschieden**  
VON HELGA HIEDEN-SOMMER
- 36 Dr. Jekyll und Mr. Hyde zu Tode geritten**  
VON STEFAN BROCZA
- 40 Buchtipps**  
Sachliches & Belletristisches
- 42 Mangelnde SPÖ-Unterstützung  
für den notwendigen Kurswechsel in Europa**  
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Das Erste Österreichische Universalmietrechtsgesetz

**Anfang Dezember präsentierte** SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher einen Vorschlag für eine umfassende Reform des Mietrechts. Im nachstehenden Beitrag skizziert sie den Vorschlag und die dahinter stehenden Überlegungen.

**D**er indische Astronom Lalla hat im Jahr 748 zum ersten Mal ein Perpetuum Mobile beschrieben. Die vergebliche Suche nach dem Wundermechanismus dauert bis heute an. Außer am Wohnungsmarkt: Da werben dutzende Anbieter mit Vorsorgewohnungen. Dann passiert in vielen Fällen folgendes: Einer, der sich keinen Wohnungskauf leisten kann, kauft auf Kredit eine ebensolche und überlässt sie jemanden, der sich einen Kauf zwar auch nicht leisten kann, aber das Objekt mietet. Mit der Miete bedient letzterer den Kredit des Eigentümers in voller Höhe, finanziert Rücklagen für Sanierungen und sichert seinem Vermieter später auch noch eine respektable Rendite. Dieses »Vorsorgeprodukt« ist nicht nur sittenwidrig, es ist ein Sittenbild einer weit verbreiteten Haltung gegenüber dem knappen Gut Wohnraum. Der allgemeine Jammer über die Schwierigkeiten wohnungssuchender Jungfamilien und das gestiegene Mietenniveau bei Neuverträgen ist im Moment laut, aber wenig solidarisch. Sich ein Scheibchen vom gestiegenen Preisniveau abzuschneiden erscheint selbst Kleininvestoren selten verwerflich. Der Rest ist das marktgläubige Dogma der Konservativen.

In dieser Situation einen Neustart für das Österreichische Mietrecht zu fordern, der den Ausgleich zwischen Vermieter- und Mieterseite garantiert, erscheint gewagt – ist aber aus sozialdemokratischer Sicht als zwingend anzusehen. Schützenhilfe bekommen Verfechter eines neuen Mietrechts vom geltenden Recht. Dieses macht jedes Wiener Zinshaus zu einem babylonischen Turm: Die Möglichkeit, dass fünf Hausbewohner hier mietrechtlich fünf gänzlich unterschiedlichen Rechts- und Zinskonstellationen unterworfen sind, ist durchaus realistisch. Der Schutz der Mieter reicht vom »Vollanwendungsbereich des MRG« bis zu der mietrechtlichen Schutzlosigkeit,


überhaupt nur den allgemeinen Regeln des ABGB unterworfen zu sein. Was Mieter im vorherrschenden Richtwertsystem zu zahlen haben, wissen sie nicht. Vermieter übrigens auch nicht. Kein Gesetz schreibt darin Zuschläge fest.

Zur Klärung berufen sind Gerichte und beeedete Sachverständige. Diese folgen der eigenen Rechtsprechung, aber ist ihre Rechtsauslegung auch immer gerecht? 119 Mietverträge hat die Arbeiterkammer 2014 im Zuge der Aktion »Mietzinscheck« überprüft. Außer in drei Fällen waren die verlangten Mieten zu hoch und das um satte 71%. Also 116 Fälle für die Gerichte, die das Mietenniveau von durchschnittlich 502 Euro für die im Schnitt 67 Quadratmeter große Wohnung auf 303 Euro senken werden. Wer die brüchigen Stromkabel ersetzt oder die Verbesserungsarbeiten abzugelten hat, bleibt strittig in diesem Dschungel namens Mietrechtsgesetz, das mehr noch als ein gewachsenes ein verwachsenes und verschlungenes Konstrukt ist, das zu allem Überdross keine Mietzinsbegrenzung für Wohnraum jüngerer Ursprungs (ab 1953) oder bestimmter Bauform (Ein- und Zweifamilienhäuser, Dachbodenausbauten) bietet.

Anstelle einmal mehr mit der Machete zu stutzen, was nicht mehr zu kultivieren ist, geht die SPÖ mit einem neuen Ansatz in das Jahr 2015: Sie drückt den Reset-Knopf und präsentiert, was von Grund auf neu erdacht ist: Das Erste Österreichische Universalmietrechtsgesetz. Als idealtypischer Entwurf mit dem Anspruch das modernste Mietrecht Europas zu sein, geht es von drei Prämissen aus. Erstens: Mieten soll leistbar sein. Ein Viertel des Medianeinkommens dient als Orientierungspunkt. Zweitens: Ein Ausgleich zwischen Vermieter und Mieter ist möglich. Drittens: Ein neuer Ansatz, der die heutigen Ansprüche an Wohnungen berücksichtigt. Rausge-

kommen ist ein Gesamtwerk, dessen Herzstück die Preisbildung betrifft. Ausgangspunkt dabei ist die »Normwohnung«, die an eine »normale« Größe anknüpft (30 bis 150 Quadratmeter) und Ausstattungsmerkmale, wie zeitgemäßes Bad, die Möglichkeit Internet einzuleiten, einen thermischen Standard der Energieeffizienzklasse C, etc., berücksichtigt.

Vorbei sind dann die Zeiten des »Krämerrechts« Richtwertmiete, in dem ein Vorzimmer oder die Anschlussmöglichkeit für eine Waschmaschine als Segnung der modernen Zeit einen Zuschlag begründete. Deckelung der Zuschläge auf 25%? Diese alte sozialdemokratische Forderung ist nicht mehr notwendig, denn mit der Normwohnung hat der Wahnsinn mit dem Finden und Erfinden neuer Zuschläge ein Ende. Freilich werden Wertsteigerungen und Mängel auch mit Zu- und Abschlägen belegt. 15% Zuschlag für einen großen Garten helfen ebenso die Welt des Wohnens abzubilden wie die Halbierung der Miete für das, was der Wiener ein »indisches Klo« nennt (nämlich »jenseits des Ganges« situiert). Aber der Katalog ist überschaubar und erstmals gesetzlich verankert. Die Normwohnung hat einen Mietpreis von 5,50 Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen Umsatzsteuer (10%) und Betriebskosten ( ca. 1,80 Euro pro Quadratmeter).

Die reflexartigen Panikrufe der Immobilienwirtschaft, die den Tag der Präsentation des Universalmietrechts am 4. Dezember 2014 begleiteten (»Der Neubau wird zum Erliegen kommen« und »Sanierungen werden unleistbar, sodass Häuser verfallen«) sind Maskerade. Neubauten sind 20 Jahre ausgenommen und eine Refinanzierung durch freie Mietzinsbildung möglich. Die Möglichkeit, Generalsanierungen auf die Mieter abzuwälzen, bleibt. Der unsachlichen Kritik liegt eine sachliche Ursache zugrunde: Eine Weltsicht, die den Markt als einziges Regulativ anerkennt. Das wird auch offen ausgesprochen, alleine ein Beispiel dafür bleibt die Immobilienwirtschaft schuldig. Welche westliche Metropole, die auf die freie Preisbildung für Mieten setzt, kann einen funktionierenden Mietwohnungsmarkt vorweisen? Sie suchen noch, aber nehmen sich schon einmal vorbeugend als Geburtshelfer des Universalmietrechts aus dem Spiel. Aber es liegt am Tisch und ist von dort nicht mehr wegzubekommen. 

**RUTH BECHER**

ist Abgeordnete zum Nationalrat und SPÖ-Wohnbausprecherin.

Unter [www.ruth-becher.at](http://www.ruth-becher.at) geht es zum Mietenrechner zum

Universalmietrechts-Entwurf.



# **SCHAULUST**

## **DIE EROTISCHE FOTOGRAFIE VON ALFONS WALDE**

### **Spektakuläre Entdeckung**

Das Fotomuseum WestLicht zeigt die bislang unbekannteren erotischen Fotografien des Malers Alfons Walde, etwa 120 Arbeiten aus dem Nachlass des Künstlers, die über Jahrzehnte unbeachtet in einer Kiste schlummerten. Der Fokus seiner Fotografie lag auf dem weiblichen Akt, die Inszenierung der Bilder reichte bis in die Pornografie. Die Verwendung des gerade erfundenen Farbfilms von Agfa ermöglichte Walde die realistische Wiedergabe im Foto, als Anregung für das gemalte Bild. Für die lange Zeit schwarz-weiß geprägte Fotogeschichte ist die Entdeckung nicht nur kulturhistorisch eine Sensation.

In der Ausstellung lernt man den Landschaftsmaler Walde (Oberndorf 1891 – 1958 Kitzbühel) als leidenschaftlichen Fotografen kennen, seine fotografischen Studien von den Zwanzigern bis in die vierziger Jahre konzentrieren sich auf den weiblichen Körper. Klassische Posen aus der kunsthistorischen Tradition – etwa Anklänge an Ingres in Waldes fotografischen Rückenakten – wechseln dabei mit erotisch aufgeladenen, eher spielerischen Szenen. Walde frönt in der Fotografie dem lustvollen Schauen, er zeigt sich als Augenmensch, der die Leica zum Festhalten des ansonsten flüchtigen Moments nutzt, bei dem es aber immer auch um die Erotik der Fotografierens selbst geht, um den Wechsel der Blicke, um das Spiel von Ansehen und Posieren.

### **Fotomuseum WestLicht**

Bis 08.02.2015

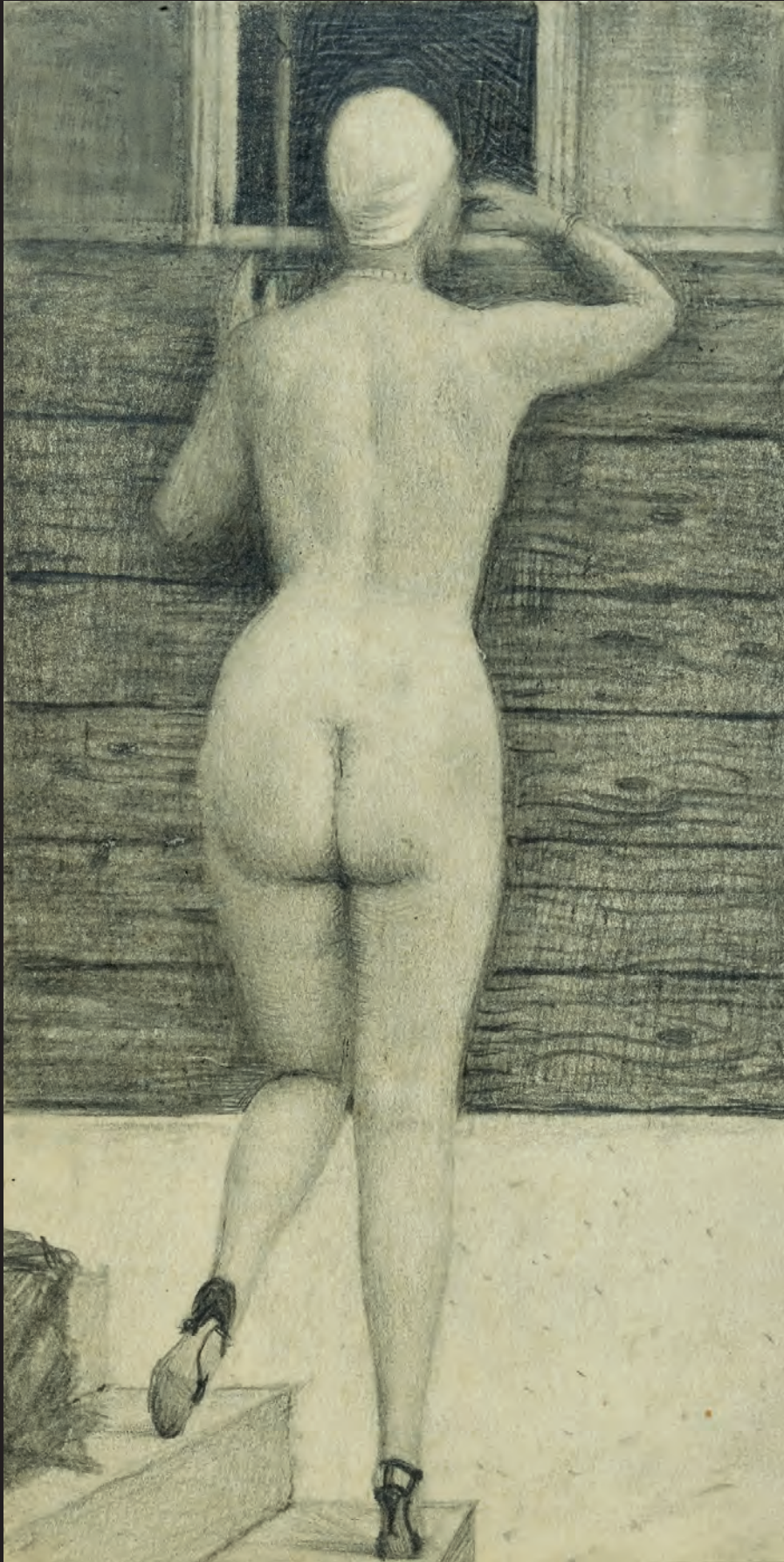
Westbahnstraße 40, A-1070 Wien

[www.westlicht.com](http://www.westlicht.com)

Di, Mi, Fr 14-19 h | Do 14-21 h

Sa, So, Feiertag







**Alfons Walde**  
Gretei, um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien





**Alfons Walde**  
um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien

»Doch aufs Dahinter  
Gehen wir eben nicht immer  
so guten Mutes zu«  
(Ernst Bloch)

# Ein Blick in den Spiegel

**Stephan Schimanowa** geht in seinem Beitrag der Frage nach, was der Dschihadismus und die positive Resonanz auf die Agitation der IS in Teilen der Jugend auch in Europa über unsere Gesellschaft aussagt.

In Dresden folgten Mitte Dezember 15.000 Menschen dem Demonstrationsaufruf des rechten Bündnisses »Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes«. Neonazis, Groß- und Kleinbürgertum und ArbeiterInnen marschierten gemeinsam, um auf die scheinbar drohende Infiltrierung Deutschlands durch den Islam aufmerksam zu machen. KritikerInnen werfen dem Bündnis vor, rassistische und nationalistische Parolen und Angst vor dem Islam und AusländerInnen bzw. AsylwerberInnen insgesamt zu verbreiten. In Österreich ist es vor allem die Freiheitliche Partei, die sich als die Verteidigerin des Abendlandes sieht. Regelmäßige Demonstrationen gegen islamische Kultur- und Gebetszentren stehen auf der Agenda der FPÖ. Es kein Zufall, dass Parteiohmann Strache der Gruppierung »Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes« seine Sympathie entgegen bringt.

Die von rechten Gruppierungen und Parteien geschürte Verunsicherung erreicht immer größere Teile der Gesellschaft. Durch die intensive (Live-)Berichterstattung von den Kriegsschauplätzen in Syrien und Irak und der fast täglichen Konfrontation mit Gräueltaten des sogenannten »Islamischen Staat (IS)« wächst das Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung durch islamistische Kräfte. Verschärft wird dieses durch das Phänomen der Attraktivität der IS bei Jugendlichen in Deutschland und Österreich im Alter zwischen 14 und 30 Jahren, unterschiedlicher Herkunft und sozialer Milieus.

Laut einer ORF-Recherche Ende Oktober, sind es knapp 2.000 junge Menschen in Österreich, die mehr oder minder offen die Ideen des sogenannten »Islamischen Staat« teilen. Das Innenministerium geht laut einer aktuellen Anfragebeantwortung vom 5. November davon aus, dass derzeit 154 Menschen aus Österreich im »Dschihad« sind, 26 von ihnen bei den Kämpfen in Syrien ums Leben gekommen und 64 nach Österreich zurückgekehrt sind. Da die Rückkehrer als

potentielle Bedrohung bzw. »tickende Zeitbomben« (Innenministerin Johanna Mikl-Leitner) angesehen werden, sind diese unter intensiver Beobachtung durch den Staatsschutz. Im Oktober 2014 konnte ein 14-Jähriger verhaftet werden, der unter Verdacht steht, im Namen des Dschihad ein Attentat geplant zu haben.

Im medialen und politischen Diskurs über dieses Phänomen herrscht pure Aufregung. Spürbar geht die Angst vor einem Gespenst um, das kaum zu fassen bzw. zu erklären ist. Auch die Jugendarbeit ringt um Antworten. Was treibt junge Männer und Frauen tatsächlich dazu, ihr Leben der Idee eines islamistischen Staats bzw. Kalifats zu opfern? Was suchen Jugendliche, die in den bewaffneten Kampf ziehen? Was sagt dieses Phänomen aber vor allem über uns und unsere Gesellschaft aus? Dieser Artikel ist der Versuch, das Gespenst ein wenig fassbarer zu machen.

## AM BEGINN EINE KLARSTELLUNG

Wer den Islam in unserer Gesellschaft als Fremdkörper sieht, verschließt die Augen vor der Geschichte. Unsere moderne europäisch-westliche Kultur ist durch den Zusammenfluss von islamischen, christlichen und jüdischen Traditionen und Einflüssen entstanden. Ohne diesen Zusammenfluss wäre unsere kulturelle Entwicklung nicht möglich gewesen. »Eine lebendige Kultur verändert sich durch Inspirationen aus nah und fern, sie verändert ihren Lauf. (...) Nur durch die Interaktion mit dem anderen bleibt die Kultur lebendig. Die bedeutendsten Zivilisationen gründeten auf dem Zusammenfluss verschiedenen Kulturen.«<sup>1</sup> Der in Brooklyn geborene und in Istanbul lebende Gelehrte John Freely beschreibt in seinem Buch »Platon in Bagdad« eindrucksvoll, wie durch den Islam ein Wissensschatz nach Europa zurück kam, ohne diesem unser moderne Geschichte nie geschrieben werden hätte können. »Der ursprüngliche Konflikt, der mit dem Aufstieg des Islam einherging, brachte die griechisch-islamische Wissen-

schaft in den Westen, und das war der Anfang der modernen wissenschaftlichen Tradition.<sup>2</sup> Gerade die Renaissance als Grundlage unserer europäischen Identität wäre ohne den Einflüssen von Ibn Sina/Avicenna und Ibn Rushd/Averroes nicht denkbar. So inspirierte Ibn Rushd große europäische Geister wie Roger Bacon und Albert Magnus, die seine Ideen gegen eine Kirche einsetzten, »die dem freien Denken mit Misstrauen begegnete und rücksichtslos gegen Häresie vorging«<sup>3</sup>. Das fortschrittliche Erbe des Islams ist allerdings in Vergessenheit geraten. Es liegt auch an den Vertreterinnen und Vertretern der islamischen Glaubensgemeinschaft gerade in der Auseinandersetzung mit fundamentalistischen Strömungen, diese Traditionen zu beleben. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang jedoch darauf, dass die Programmatik islamistischer Gruppierungen mehr an politische Theorien der faschistischen Bewegungen Europas der 30er-Jahre des letzten Jahrhunderts erinnern, als an Überlieferungen des islamischen Glaubens. Deutlich ist dies an den politisch-religiösen Schriften des Gründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, zu sehen. Diese gelten als politisch-geistige Grundlage des Dschihadismus.

## JUGEND IN DER KRISE

Die Jugendforscherin Beate Grossegger bezeichnet die Jugendlichen von heute als »Kinder der Krise«, die an einer Bruchkante stehen, die äußerst scharf ist. »Als Kinder der Krise sind junge Menschen wahrlich in keiner einfachen Situation: Alles ist möglich, nichts ist fix. Sicherheiten gibt es wenige, dafür hohes Risiko. Der gesellschaftlichen Zukunft blickt die Jugend daher großteils pessimistisch entgegen. Wie es weitergehen soll, weiß sie nicht.«<sup>4</sup> Die Jugend hat Angst und glaubt den Versprechungen der Politik längst nicht mehr. Und doch haben diese »Kinder der Krise« ein seltsam zwiespältiges Verhältnis zur Zukunft. So pessimistisch sie die möglichen gesellschaftlichen Entwicklungen betrachten, gibt sich die Mehrheit bezüglich der persönlichen Zukunft äußerst zuversichtlich. Es herrscht der Glaube, dass durch persönliche Anstrengung die Widrigkeiten des Lebens gemeistert werden können. Wer es nicht schafft, ist selber schuld. Der Trendforscher und Soziologe Bernhard Heinzlmaier findet für diesen Widerspruch recht drastische Worte: »Die österreichische Jugend glaubt sich auf einem langfristig dem Untergang geweihten Schiff, auf dem ihr aber noch genügend Zeit bleibt, um das eigene Leben zufriedenstellend über die Runden zu bringen. Oder: Die Welt wird untergehen, aber davor werde ich noch ein gutes Leben haben. Oder: Nach mir die Sintflut.«<sup>5</sup>

## DIE GESELLSCHAFT ZERBRICHT

Der gesellschaftspolitische Pessimismus der Jugendlichen basiert auf der (auch gefühlten) Realität einer zerbrechenden Gesellschaft. Die Statistik Austria ging 2013 von rund 1.572.000 armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen in Österreich aus. Das entspricht fast 19 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung. Der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer spricht in diesem Zusammenhang von der »Drei-Drittel-Gesellschaft«: »Die Gesellschaft zerfällt mehr und mehr in eine Gruppe von Gewinnern und eine von Verlierern. Und dazwischen befindet sich eine verunsicherte Mitte.«<sup>6</sup> Armutsbedrohung ist nicht mehr ein Unterschichtphänomen, sondern bedroht längst die Mittelschicht. Funktionieren ist angesagt, denn Arbeitsplatzverlust, Burnout, familiäre Schicksalsschläge oder schwere Krankheiten können die persönliche Zukunft bedrohen. Es zählt das Motto der deutschen Pop Band »Die Türen«: »Pause machen geht nicht, sonst bist du arbeitslos und pleite.«<sup>7</sup>

## »EIN BILLIGER MANTEL, MACHT EINEN BILLIGEN MANN...«

Die Armut wächst zwar und immer mehr Jugendliche fühlen sich an den Rand der Gesellschaft gedrückt, der Protest darüber bleibt allerdings aus. So antworten Jugendliche aus sozial prekären Verhältnissen auf Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen vielmehr mit extremer Konsumorientierung. Untersuchungen haben festgestellt, dass junge Menschen in exklusionsgefährdeten Lagen erlebnisorientiertes Konsumieren (Shopping) als Realitätskompensation nutzen. »Gerade für Jugendliche, die in einer sozialen Randlage leben, gilt: Der Selbstwert steigt, wenn etwas konsumiert wird, was weder lebensnotwendig, noch gemessen an der eigenen prekären Lebenssituation im engeren Sinne »sinnvoll« ist.«<sup>8</sup> Die gesellschaftliche Situation erinnert ein wenig an den die Titanic. Die Jugend tanzt in den Untergang.

## DER SIEGESZUG DES (NEO)MATERIALISMUS

Die Rebellion der Jugend gegen eine krankmachende Gesellschaft ist das Programm von gestern. Der politische Protest bleibt weitgehend aus. Postmaterialistische Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstverwirklichung im Sinne des Strebens nach dem inneren Glück, werden durch die Verinnerlichung kapitalistischer Werte wie Verwertbarkeit und ökonomischer Nutzbarkeit ersetzt. »Alle Handlungen sind erlaubt, die zum selbstdefinierten Ziel führen. Und keine noch so drastische Handlungsfolge kann das Gemüt bedrücken. Der Mensch ist frei, nach seinen Lüsten und Zwecken zu han-

deln, und dem Typus des ›hedonistischen Egoisten‹ wird die Tür zum dominierenden Handlungstypus weit geöffnet<sup>9</sup>. Jugendkulturen und der Lifestyle Jugendlicher fungieren in diesem Zusammenhang als Fluchtpunkte. Jugendliche »gieren geradezu nach Entertainment (...) um Ausgleich zu einem oftmals überfordernden, gelegentlich aber auch langweiligen, weil monotonen Alltag zu finden«<sup>10</sup>.

### DER SOZIAL TYPISCHE CHARAKTER

Karl Marx stellte in seinem Werk »Zur Kritik der politischen Ökonomie« die These auf, das die gesellschaftlichen Lebensumstände ein bestimmtes Bewusstsein zur Folge haben. Der Sozialpsychologe und Psychoanalytiker Erich Fromm bestätigte die Marxsche These 1937 in einem Aufsatz zur Methode und Aufgabe einer Analytischen Sozialpsychologie. Er stellte fest, dass jede Gesellschaft gemäß ihrer Produktionsweise einen »sozial typischen Charakter als Ausdruck der gesellschaftlich geprägten psychischen Struktur des Einzelnen« schafft. Die Beschaffenheit des »sozial typischen Charakters« steht dabei in »Beziehung zu den Aufgaben, die ein bestimmtes Individuum im engeren Sinn seiner ökonomischen Tätigkeit als auch im weiteren Sinn seines sozialen Verhaltens zu vollziehen hat«<sup>11</sup>. Aus psychoanalytischer Sicht merkt Fromm jedoch an, dass Bedürfnisse wie das Streben nach Glück, Harmonie, Liebe und Freiheit, die mit der Natur des Menschen gegeben sind, in Widerspruch zur sozio-ökonomischen Struktur der Gesellschaft stehen. Da die oben genannten Bedürfnisse dynamische Faktoren darstellen, kommt es zu (negativen) psychischen Reaktionen, wenn sie nicht ausreichend befriedigt werden können<sup>12</sup>.

### WAS JUGENDKULTUREN ÜBER UNS ERZÄHLEN

»Jugendkulturen sagen nicht nur etwas über Jugendliche aus, sie erzählen immer auch über die Gesellschaft – ihren Zustand und ihre Befindlichkeit«<sup>13</sup>, bringt es Beate Grossegger auf den Punkt. Gerade die Jugend von heute scheint den »sozial typischen Charakter« des Kapitalismus vorzüglich zu repräsentieren. Sie hält jedoch dabei der Gesellschaft erbarmungslos einen Spiegel vor. Die Erwachsenenwelt reagiert auf die auftretenden »Jugendtrends« logischerweise mit Unverständnis und Ablehnung. »Wie es zu diesen Trends kommt, fragt (so wieso) niemand. Stattdessen übt sich die öffentliche Jugenddebatte (nach wie vor) vorzugsweise in moralischer Panik.«<sup>14</sup> Wir weigern uns zu erkennen, dass Jugendliche nur »schneller, intensiver und vor allem auch schriller als die trägen Alten« auf die gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren, die uns alle betreffen<sup>15</sup>.

### DSCHIHADISMUS ALS JUGENDKULTUR DER BESONDEREN ART

Die Islamismus-Expertin Claudia Danschke arbeitet mit dem Begriff des »Pop-Dschihadismus«, um das Phänomen der wachsenden Radikalisierung Jugendlicher zu erklären. Jugendliche die in diesen Pop-Dschihadismus gehen, suchen nicht nach Religion oder Spiritualität. Bei diesen Jugendlichen geht es um etwas ganz anderes. Sie tauchen vielmehr in ein Lebensgefühl, eine Stimmung ein. »Da geht es um Aufmerksamkeit, Überlegenheit, Eindeutigkeit, Anerkennung, weil ihnen das alles fehlt. Sie sind unzufrieden mit ihrem Leben, sie empfinden Frust, Minderwertigkeit, ganz egal, ob zu Recht oder nicht. Und sie sind nicht in der Lage, eigenständig ihr Leben in die Hand zu nehmen.«<sup>16</sup> Angesprochen werden sie durch kurze und stylische Videoclips, Hip-Hop Musik und coole Videospiele. Der sogenannte »Islamische Staat« verspricht dabei geradezu paradiesische Verheißungen, »denn die is verspricht alles: Jobs, Wertschätzung, Brüderlichkeit – und appelliert darüber hinaus an die Robin-Hood-Fantasien«<sup>17</sup> der Jugendlichen.

### DER BLICK IN DEN SPIEGEL


In Zusammenhang mit den Jugendkrawallen in London und Frankreich 2011 stellt Bernhard Heinzlmaier eine beachtenswerte These auf. So meint er dass die sogenannten »Ghetto-Kids« nach denselben Werthaltungen agieren, wie die internationale Finanzwirtschaft. Während die Broker jedoch ihre Verbrechen in Anzug und Krawatte hinter dem Computer begehen, greifen die »Ghetto-Kids« zur brutalen Gewalt und plündern offen, statt versteckt, fremdes Eigentum. »Sollte es uns gelingen, uns der manipulativen Kraft der Bilder der Gewalt und ihrer gezielten medialen Platzierung zu entziehen, dann werden wir bemerken, dass korrupte PolitikerInnen, betrügerische FinanzspekulantInnen und brandschatzende und plündernde Jugendliche sich dem Wesen ihres Handelns nach kaum unterscheiden. Allen ist gemein, dass sie den Gesetzen einer Winner-Loser-Kultur folgend nicht viel mehr wollen als Macht ausüben, Aufmerksamkeit und Akzeptanz erreichen und sich einen materiellen Vorteil sichern«<sup>18</sup>, so der Trendforscher.

Könnte diese These auch auf Jugendlichen zutreffen, die sich von radikalen Islamisten anwerben lassen? Was ist, wenn der Dschihadismus nichts anderes ist, als die Verlagerung extremer neomaterialistischer Werthaltungen und rücksichtsloses Machtstreben in pseudo-religiöse Sphären, um das eigene Handeln nicht nur moralisch zu kleiden, sondern auch besser



verkaufen zu können? Trifft die These zu, hätte der Wahnsinn in Irak und Syrien mehr mit uns zu tun, als uns lieb ist.

## VISIONEN STATT ABWEHRKAMPF

Es spricht vieles dafür, dass der Dschihadismus ein Auswurf der herrschenden sozio-ökonomischen Strukturen und des neomaterialistischen Denkens ist. Das Führen polizeilicher Abwehrkämpfe ist daher reine Symptombekämpfung, die angesichts der Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staats als absolut notwendig erscheinen mögen. Doch während wir versuchen, den Dschihadismus durch sicherheitspolitische Maßnahmen einzudämmen, verschärft sich die gesellschaftliche Situation zunehmend und andere Krankheitssymptome gesellschaftlicher Natur treten auf, denn es bleibt das Grundproblem unsere Gesellschaft bestehen: *»Wir können keine Zukunft sehen, wir können keine Utopie finden«*, so Michael Ende, Autor der Unendlichen Geschichte und Momo, Anfang der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Seine Worte sind fast prophetisch: *»Mir scheint es lebensnotwendig, überlebensnotwendig, dass man sich – sei es politisch, sei es im kulturellen, sei es auf wirtschaftlichem Gebiet – ein positives Bild von der Welt machen kann, in der man leben möchte.«*<sup>19</sup> 

1. Ilija Trojanow, Ranjit Hoskote: Kampfabsage. Kulturen bekämpfen sich nicht – sie fließen zusammen, München – Zürich 2007 S. 18
2. John Freely: Platon in Bagdad. Wie das Wissen der Antike zurück nach Europa kam, Stuttgart 2012 S. 9
3. ebd. S. 14
4. Beate Grossegger: Kinder der Krise, Berlin 2014. Pos. 77 (E-Book)
5. Bernhard Heinzlmaier: Keine Mission, keine Vision, keine Revolution? Die postmoderne Jugend zwischen Pragmatismus und Idealismus, Fachbeitrag auf [www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at) 2012 S. 4
6. Beate Grossegger: Kinder der Krise, Berlin 2014, Pos. 590 (E-Book)
7. Zit. n. Beate Grossegger: Kinder der Krise, Berlin 2014, Pos. 580 (E-Book)
8. Beate Grossegger: Mehr scheinen als sein und sich gut fühlen – Konsumorientierung Jugendlicher in sozialen Randlagen, Fachbeitrag auf [www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at) 2012, S. 1
9. Bernhard Heinzlmaier: Die Werte der Jugend in Zeiten der moralischen Krise, Dossier auf [www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at) 2011, S. 8
10. Beate Grossegger: Kinder der Krise, Berlin 2014, Pos. 1406 (E-Book)
11. Erich Fromm: Gesellschaft und Seele. Sozialpsychologie und psychoanalytische Praxis, Weinheim/Basel 1992, S. 79
12. vgl. Erich Fromm: Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart 1991
13. Beate Grossegger: Kinder der Krise, Berlin 2014, Pos. 1217 (E-Book)
14. ebd. Pos. 184
15. ebd.
16. Zit. n. <http://www.sueddeutsche.de/politik/islamismus-videoclips-aus-dem-krieg-1.2202691-2>
17. Zit. n. <http://derstandard.at/2000009413094/Von-den-Aengsten-der-Jihadisten-erfahren-nur-die-Muetter>
18. Bernhard Heinzlmaier: Krieg in den Städten. Was treibt die Ghetto-Kids zur Gewalt und wer trägt die Verantwortung? Expertise auf [www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at) 2011 S. 5
19. Michael Ende, Erhard Eppler, Hanne Tächl: Phantasie/Kultur/Politik. Protokoll eines Gesprächs, hockebooks gmbh Pos. 17 (E-Book)

## STEPHAN SCHIMANOWA

ist Pädagogischer Leiter und stv. Geschäftsführer des Vereins  
»Kiddy & Co – Verein für kreatives Spiel und Kommunikation«,  
der in der aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit in Wien tätig ist.







**Alfons Walde**  
um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien



# Der Verlust der Utopie

**Karl Czasny plädiert** in seinem Beitrag für eine Radikalisierung der Sozialdemokratie und die Entwicklung von Utopien jenseits der Grenzen des bestehenden Wirtschaftssystems. 25 Jahre nach dem seinerzeit zum »Ende der Geschichte« stilisierten Mauerfalls erscheint es dem Autor als elementar für die Wiedergewinnung politischer Glaubwürdigkeit, auch durch die Zuspitzung politischer »Alltagsforderungen« polit-ökonomische Auseinandersetzungen im Sinne solcher Utopien zu führen.

**B**eim Rückblick auf die Feiern zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer fällt mir auf, dass sich die Festreden und Kommentare kaum mehr mit der von der DDR zwar nicht einmal annähernd realisierten, aber doch als Fernziel hochgehaltenen Utopie einer klassenlosen Gesellschaft auseinandersetzen. Unmittelbar nach dem umfassenden Zusammenbruch des sogenannten »real existierenden Sozialismus« wurde diesem Aspekt noch in allen politischen Lagern angemessene Beachtung geschenkt. So glaubte etwa der us-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama aus dem überwältigenden Sieg der Prinzipien von liberaler Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie ein »Ende der Geschichte«<sup>1</sup> folgern zu können. Und auch in Deutschland rief jemand ein Ende aus. Es handelte sich um den Historiker Joachim Fest, der vom Ende aller linken Utopie sprach<sup>2</sup>. Er begründete diese These mit dem Vorliegen des nun nicht mehr bestreitbaren historischen Beweises, dass eine dem Gesetz der Utopie folgende Politik das Lebensglück ganzer Generationen einem fernen Ziel opfere und daher ihrem Wesen nach stets eine totalitäre Gesellschaft verlange.

## UTOPIE?

Die Linke hielt demgegenüber daran fest, dass es ohne Utopie einfach nicht gehe, weil die großen gesellschaftlichen Aufgaben nicht durch das selbstläufige Funktionieren der Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen des Marktes zu lösen seien.<sup>3</sup> Abgesehen davon sei die dem blinden Vertrauen in die Steuerungskraft jener Mechanismen zugrunde liegende Utopie eines freien Marktes, der mit unsichtbarer Hand alles zum Besten aller lenkt, mindestens ebenso widerlegt wie die Vision einer klassenlosen Gesellschaft.<sup>4</sup> Mit diesem trotzigen Behar-

ren auf der Notwendigkeit von nicht-marktwirtschaftlichen Zukunftsvisionen konnte man aber nicht einmal das eigene politische Lager überzeugen. Denn mittlerweile scheint zwar klar, dass die Geschichte mit dem Neoliberalismus noch nicht an ihrem Ende angelangt ist, linke Utopie dürfte jedoch tatsächlich tot sein. So tot jedenfalls, dass sie nicht einmal mehr bei den aktuellen Gedenkfeiern zum Fall der Mauer eine tragende Rolle spielt.

Man könnte das natürlich ganz leicht verschmerzen, wenn sie nicht auch so tot wäre, dass eine immer größere Zahl von sozial deklassierten Jugendlichen in Ermangelung attraktiver Visionen einer auf der Höhe der Zeit angesiedelten Gesellschaftskritik Zuflucht bei rückwärtsgewandten, im schlimmsten Fall faschistischen Heilslehren religiösen Zuschnitts suchen muss. Diese Entwicklung belegt eindrucksvoll, wie dringend die auf der Verliererseite ausgesiebten Opfer eines durch die Globalisierung entfesselten Marktes Visionen einer neuen Ordnung der Arbeitsteilung, des Zusammenlebens sowie der Verteilung von Gütern und Lebenschancen benötigen. Wir sind daher gezwungen, uns mit größerer Deutlichkeit und Schärfe, als dies bisher geschah, mit der Frage auseinanderzusetzen, was da beim Verschwinden der Utopie passierte, bzw. worin denn dieses Verschwinden bestand.

## UNGEBROCHENE PHANTASIE

Wie mir meine diesbezüglichen Überlegungen zeigen, geht es dabei nicht einfach um den Verlust der Fähigkeit, mehr oder weniger konkrete Zukunftsbilder eines gesellschaftlichen Idealzustandes auszumalen. Solche literarischen Utopien werden auch in der Gegenwart entwickelt, die utopische Phantasie als solche ist also (noch?) ungebrochen. Ungebrochen ist offen-

sichtlich auch die Lust am gesellschaftlichen Experiment. Seit der jüngsten weltweiten Finanzkrise registriert man sogar eine richtige Konjunktur von Tauschkreisen, Regionalwährungen und anderen tastenden Schritten in solidarökonomisches Neuland. All diese Versuche führen aber nur ein Nischen-dasein in den Zwischenräumen eines nach gänzlich anderen Prinzipien funktionierenden Ganzen, von dem sie sich nicht abkoppeln können.

Was wirklich auf eine ganz dramatische Weise zerbrach, ist die *utopische Dimension in jenem politischen Handeln, das in den »klassischen« Politikfeldern der Parteidemokratie stattfindet*. Ich meine damit den auf dieser Ebene zu beobachtenden Verlust der Bereitschaft, auf politischen Forderungen auch dann zu beharren, wenn sie die innere Logik des bestehenden Wirtschaftssystems sprengen, weil sie auf eine andere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens verweisen. Würden solche Forderungen nämlich eingelöst, dann verschärften sie die Widersprüche jenes Systems, sodass Sand in sein Getriebe käme, was einen Rückfall in dem einen oder anderen internationalen Ranking oder gar den Verlust des einen oder anderen Zehntelprozentpunktes beim heiligen Wirtschaftswachstum zur Folge haben müsste. Beides ist jedoch heutzutage auch für jeden Linken, der im politischen Diskurs ernst genommen werden will, ein absolutes No-Go. Was im besten Fall gerade noch durchgeht, ist die Einnahme von links-keynesianischen Positionen: Man darf für mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten, weil das die Inlandsnachfrage stimulieren würde, man darf sich für eine Begrenzung der schlimmsten Auswüchse des Finanzkapitalismus aussprechen, weil das gut für die die sogenannten »Realwirtschaft« wäre und man darf auch für verbesserte Chancengleichheit im Bildungswesen plädieren, weil das unsere Position im globalen Wettbewerb stärken sollte.

## QUALITATIVE GRENZEN

Ein jahrzehntelang weitgehend störungsfrei brummender Wirtschaftsmotor hat die Linke gelehrt, dass viel von dem, was einst Utopie war, realisiert werden kann, wenn man die *qualitativen* Grenzen einer von Konkurrenzkampf und Profitstreben gesteuerten Ökonomie akzeptiert, weil innerhalb dieser Grenzen ein scheinbar unbegrenztes quantitatives Wachstum möglich ist. Bestärkt wurde dieser Glaube durch die in den Medien, an den Hochschulen und in den außeruniversitären Think Tanks tätigen Einpeitscher der Marktideologie. Deren Kommentare sind allgegenwärtig wie das den vorweihnachtlichen Kaufrausch begleitende Weihnachtsliedgedusel und nicht weniger aufdringlich als jene akustische Advent-

beschmutzung. Wer kaufen will, muss davor diesen Schmutz in seine Ohren hereinlassen und wer gerechter verteilen will, muss davor sein Gehirn von Experten und Kommentatoren waschen lassen.

Die Agitation der Marktapologeten wurde zwar mit dem Siegeszug des Neoliberalismus immer aggressiver, seit es aber nur mehr äußerst kümmerliche Wachstumsraten gibt, verlieren ihre Bemühungen zunehmend an Glaubwürdigkeit. Es könnte sich daher eine kleine Chance für die Re-Integration der utopischen Dimension in das politische Handeln eröffnen. Wollte die Sozialdemokratie diese Chance nutzen, gälte es für sie, über einige ihrer eigenen Schatten zu springen. Sie sollte vor allem ihr Selbstverständnis als oberste Verantwortliche für die Glättung von Widersprüchen im Status quo ablegen und sich in verstärktem Maße *bedingungslos* zu bestimmten Forderungen bekennen – auch dann, wenn deren Realisierung zunächst zu einer Verschärfung jener Widersprüche führen müsste. Aus solcher Zuspitzung würden dann nämlich neue, noch weiter gehende Forderungen resultieren, an denen ebenfalls wieder festzuhalten wäre, weil sie ein weiteres Stück Utopie ins politische Handeln einschleusten, wodurch in der Bevölkerung Kräfte mobilisiert würden, die Druck auf ihre Realisierung machen könnten.

## KEINE ANGST

Damit bin ich dann auch schon bei den nächsten Schatten angelangt, über die es zu springen gälte: Gemeint ist die Angst vor politischen Bewegungen *außerhalb* der ausgetretenen Pfade des politischen Geschäfts und die Angst vor der Öffnung der Partei für solche Bewegungen bzw. die von ihnen ausgehende Dynamik. Eine Dynamik, welche die Sphäre der Parteipolitik von jenem Fluch der stetigen Wiederkehr des Gleichen erlösen könnte, der unserer Demokratie und den in ihr agierenden Parteien schon bald das letzte Restchen an Glaubwürdigkeit geraubt haben wird.

Damit ein bisschen konkreter wird, was ich meine, abschließend ein *Beispiel aus der Wohnungspolitik*: Wenn die privaten Wohnungsanbieter den aktuellen Überhang der Wohnungsnachfrage so unverschämt ausnutzen, dass die Mieten in unseren Großstädten explodieren, dann erhebt sich in der Sozialdemokratie in Erinnerung an die schöne Utopie vom Wohnen, das keine Ware sein darf, völlig zu Recht die Forderung nach klaren Mietzinsobergrenzen. Es besteht allerdings höchste Gefahr, dass man ganz schnell wieder einknickt vor den im Raum stehenden Drohungen der Vermieter mit

Investitionsstreik, Wohnungsleerstand und Wiederaufleben des Ablöseunwesens. Dabei handelt es sich keineswegs um leere Drohungen, sondern vielmehr um die zuvor angesprochene Zuspitzung der inneren Widersprüche des Marktmechanismus.

### PREISREGULIERUNGEN

Nun käme alles darauf an, wie man auf diese mit ökonomischer Notwendigkeit eintretenden Folgen einer strengeren Preisregulierung reagiert – mit Kapitulation vor den Marktgesetzen oder mit einer Verschärfung der Gangart durch das Erheben neuer Forderungen: nach drastischen Strafen für illegale Ablösen, nach Meldepflicht für leer stehende Wohnungen, nach Einführung einer hohen Leerstandsabgabe, usw. ... Wer solche Forderungen erhebt, müsste sich aber von vornherein darüber im Klaren sein, dass ihre Einlösung nur dann zum gewünschten Erfolg führen könnte, wenn sie eingebettet wäre in eine entsprechende Mobilisierung der Mieter und Wohnungssuchenden. Die müssten nämlich ermuntert werden, illegale Ablösen anzuzeigen, nicht vermietete Wohnungen zu melden, sich gegen den spekulativen Verfall bestehender Bausubstanz zu wehren – und (oh Gott!) leer stehende Häuser zu besetzen.

Leicht möglich, dass eine derart radikalisierte Sozialdemokratie sich weniger um die Deradikalisierung von Orientierung suchenden Jugendlichen kümmern müsste. Mag auch sein, dass sie dem einen oder anderen solidarökonomischen Experiment ein breiteres Wirkungsfeld eröffnen könnte und so auch diesem Zweig der Utopie zu neuer Blüte verhelfen würde.

Aber eine radikale Sozialdemokratie wäre natürlich ein Widerspruch in sich, vielleicht sogar die denkbar schärfste Zuspitzung eines der Widersprüche im politischen Überbau unseres Gesellschaftssystems. Im Sinne der vorangehenden Überlegung also eine echte Utopie. Und die ist, wie gesagt, tot. 🍀

1. Francis Fukuyama. The end of history?; In: The National Interest; Summer 1989.
2. Joachim Fest: Der zerstörte Traum; Vom Ende des utopischen Zeitalters; Corso (bei Siedler); Berlin, 1991
3. Johanno Strasser: Leben ohne Utopie? Luchterhand Essay; Frankfurt a. M. 1990
4. Helmut Thielen: Die Wüste lebt; Jenseits von Kapital und Staat; Verlag Graswurzelrevolution, 2001

**KARL CZASNY**

ist Soziologe und u.a. beim  
Stadt+Regionalwissenschaftlichen Zentrum (srz) tätig.



**Alfons Walde**  
Xenia April 1932, Fine Art Print vom Originalnegativ  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien



# Die Partei des kleineren Übels

**Als Gastredner ging** Stephan Schulmeister beim Bundestag des Bundes Sozialdemokratischer AkademikerInnen kritisch mit der ökonomischen Realpolitik der Sozialdemokratie (und der Christdemokraten) ins Gericht. Der Beitrag stellt eine schriftliche Fassung dieses, nach Bekunden des Autors für sein Empfinden ungewöhnlich heftig akklamierten, Referats dar.

In Abwandlung eines Clausewitz-Zitats gilt: Politik ist Krieg mit anderen Mitteln. Dies erfordert eine Analyse der eigenen Stärken und Schwächen sowie jener der Gegner, eine Standortbestimmung und Erklärung, wie man in die Ausgangslage geraten ist, die Einschätzung der Stoßrichtungen der Gegner, die Bestimmung der kurz- und langfristigen Ziele, die Produktion der Waffen, also von Konzepten zur Bewältigung der bedrückendsten Probleme, die Organisation des Nachschubs mit »stammtischtauglichem« Argumentationsmaterial für die Bodentruppen, also Aufbau von Kommunikationssystemen, sowie die Mobilisierung der Truppe durch Einzelkampagnen.

Grundlage ist eine Navigationskarte, welche die Haupttendenzen in der gesellschaftlichen Entwicklung erklärt, die wichtigsten Ziele der Partei »verortet« und die zu ihrer Erreichung notwendigen Bewegungen verdeutlicht. Dies gibt der Truppe und den zusehenden und zugleich betroffenen Bürgern Orientierung, wofür die Partei steht, und stiftet so Identität nach innen und außen.

Die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterbewegung verfügte – bis zum 1. Weltkrieg und der Oktoberrevolution – über eine solche gemeinsame Navigationskarte, sie bildete die Basis für (Zwischen)Ziele, Koordination, Argumentationsnachschub und Identität der Partei. Ihren Erfolg studiert der spätere Nobelpreisträger Hayek genau und plant danach die Gegenoffensive der Neoliberalen. Ihre Lage scheint 1945 hoffnungslos: Die Ideen von Keynes eroberten Universitäten und Medien, der Aufbau umfassender Sozialstaaten steht bevor. Hayek lässt sich dadurch nicht entmutigen.

1947 gründet er die »Mont-Pelerin-Gesellschaft« als zentrales Netzwerk neoliberaler Ökonomen und fungiert als Chef des Generalstabs. Die Universität von Chicago wird zur

wichtigsten Waffenschmiede, dort werden anti-keynesianische Theorien entwickelt mit den Zielen: Deregulierung der Finanzmärkte und Diskreditierung von Vollbeschäftigungspolitik, Sozialstaat und Gewerkschaften. Der Nachschub mit Argumentationsmaterial wird durch Think Tanks und kooperative Journalisten organisiert – die Besitzer der Medien sind ja »natürliche« Verbündete.

## NEOLIBERALE GROSSOFFENSIVE

1968 beginnt die neoliberale Großoffensive mit Friedman's Angriff auf das Kernstück des Keynesianismus, die Vollbeschäftigung. Sie endet Mitte der 1970er Jahre mit einem totalen Sieg: Als Folge der von den Neoliberalen immer schon verlangten Aufgabe fester Wechselkurse kam es zur Dollarabwertung, zum ersten Ölpreisschock, und zur Rezession 1974/75, in der – entgegen (pseudo)keynesianischer Theorie – Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen.

Nun kommt der neoliberale Vormarsch in Schwung: 1980 wird das Ziel niedriger Zinssätze aufgegeben, seither liegen sie über der Wachstumsrate. Die Unternehmer passen sich dem durch eine Senkung der Investitionen an, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen, Lohnkürzungen und Sozialabbau werden zu Sachzwängen (gemacht). Die Finanzmärkte boomen immer mehr, nun sollen die Börsen auch für das Alter vorsorgen. Die gleichzeitige Entwertung von Aktien, Immobilien und Rohstoffen führt 2008 in die große Krise, die Sparpolitik vertieft sie in Europa zu einer Depression.

Ohne das Versagen der Sozialdemokratie wäre die desastriöse Entwicklung der letzten 40 Jahre nicht möglich gewesen. Der Fundamentalfehler: Man begriff nicht, dass die Entfesselung der Finanzmärkte Teil eines geplanten Generalangriffs auf Sozialstaat und Gewerkschaften war. Daher organisierte man keine Gegenoffensive, nicht einmal eine klare Defen-



sivlinie. Die neoliberale Selbst-Entmündigung der Politik erfasste vielmehr auch die Köpfe sozialdemokratischer Eliten: Im Namen der Freiheit müsse sich die Politik dem Markt unterwerfen.

Also: Rückzug in kleinen Schritten. Politiker wie Kreisky, dessen Machtstreben auch von seiner Anteilnahme an den Menschen genährt wurde, versucht Gegenpositionen aufzubauen, doch sind sie mehr emotional als analytisch fundiert (Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und seine schlaflosen Nächte). Dem Parteivorsitzenden Sinowatz ist dann alles schon zu kompliziert. Den fortschreitenden Verlust von Identität und Orientierung kaschiert man mit »dritten Wegen« (von Blair und Schröder bis Vranitzky): Anpassung an Sachzwänge, Mitschwimmen im Mainstream (Wahlslogan Vranitzky: »Sparen, aber sozial«). Die Sozialdemokratie wird zur Partei des kleineren Übels.

## KAPITULATION


Die Zustimmung zum Fiskalpakt wird zur finalen Kapitulation: Seine wichtigsten Komponenten wurden in Chicago erstellt, von der »natürlichen Arbeitslosenrate« (damit wird das »strukturelle Defizit« geschätzt) bis zur Regelbindung der Politik. Hätte ein Faymann den Pakt vorher studiert, er hätte seinen Kollegen erklären können: Es ist ein Skandal, wenn die Europäische Kommission 90% (!) der Arbeitslosen in Europa für nicht mehr verwendbar erklärt (sie sind »natürlich« arbeitslos), und daher (auch) den größte Teil der Budgetdefizite als »strukturell« bezeichnet, sodass man weiter sparen muss, und zwar am Sozialstaat und den Arbeitnehmern (durch »Strukturreformen«). Faymann bekam diese Informationen, er hat sie halt nicht gelesen. Hat er aber obiges verstanden und zugestimmt, ist ihm und der Sozialdemokratie nicht mehr zu helfen.

Statt eigene Kommunikationssysteme aufzubauen, setzt man – wie die Neoliberalen – auf die Pflege der Medien (das eigene Zentralorgan hat man längst aufgegeben). Der Haken: Deren Besitzer sind »natürliche« Feinde sozialdemokratischer Grundwerte. Daher: Noch mehr Anpassung, von Gusenbauers »solidarischer Hochleistungsgesellschaft« und dem »Nulldefizit in der Verfassung« bis zu dem EU-Demutsbrief an den Herren der Kronen-Zeitung.

Dabei hätte das Internet die Möglichkeit zur Schaffung neuer Nachschubwege geboten: Auf Knopfdruck könnte man 10.000 Mitglieder, die für sozialdemokratische Werte kämpfen wollen und spüren, dass etwas fundamental schief läuft,

mit eigenen Konzepten und Argumenten versorgen. Doch mangels Navigationskarte sind diese nicht vorhanden.

Daher überzeugt auch der Vorschlag einer »Millionärssteuer« wenig. Damit sollen keine Maßnahmen zur Bewältigung der großen Probleme finanziert werden, sondern Steuersenkungen. Diese kommen aber primär den besser Verdienenden zugute: Wer 5.000 bzw. 10.000 brutto verdient, bekäme netto um 5,9% bzw. 3,8% mehr, wer mit 1.000 oder 1.500 sein Auslangen finden muss, hat sich mit 2,8% bzw. 3,2% zu begnügen (<https://mehrnetto.arbeiterkammer.at/>). Die demnächst halbe Million Arbeitsloser und die prekär Beschäftigten bekommen nix. Strache braucht nur zuschauen.

Sozialdemokratisch (und christlich) wäre: Abschaffung der Begünstigung des 13./14. Gehalts, dadurch werden 5 Mrd. frei, davon werden 3 Mrd. für eine Erhöhung der Nettoeinkommens bis 5.000 Monateinkommen sowie des Arbeitslosengelds verwendet, über 8.000 würde die Steuerbelastung gestaffelt steigen. Der Rest sowie die Einnahmen aus einer moderaten Vermögenssteuer finanzieren dringend notwendige Projekte im Bereich von Bildung, Pflege, Infrastruktur, Umwelt. Dies würde die Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen – der Konsum der besser Gestellten wird nämlich in einer Krise durch Steuersenkungen kaum steigen. 

**STEPHAN SCHULMEISTER**

ist Wirtschaftsforscher und Universitätslektor in Wien.





**Alfons Walde**

Stilleben, 1930er / 40er Jahre, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien



# Vom System zur Alternative

In Fortsetzung der Beiträge in ZUKUNFT 11/2014 erläutert der steirische Landesgeschäftsführer Max Lercher, wie die SPÖ Steiermark ihre Organisations- und Inhaltsreform gestaltet und welche Überlegungen ihr zugrunde liegen.

Überallert, zahnlos, ausgelaugt, kurz: ohne Ideen, Visionen und Pläne – keine dieser Beschreibungen der heutigen Sozialdemokratie stammt von mir. Jene, die Tag für Tag in unserer Bewegung arbeiten, wissen aber, dass sie großteils zutreffen. Nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa müssen sich linke und progressive RealpolitikerInnen seit Jahren die Frage gefallen lassen, ob sie noch in der Lage sind, überzeugende Visionen einer zukünftigen Gesellschaft zu entwerfen – und langfristig auch umzusetzen. In Zeiten der Krise feiern in ganz Europa nicht SozialdemokratInnen, sondern rechte und rechtsextreme (und regional in viel geringerem Maße extrem linke) Kräfte ohne wirklichen Regierungsanspruch, große Siege. Die ‚roten‘ Massenparteien haben sich selbst in den allermeisten Fällen sowohl in Regierungen, als auch in der Opposition zu passiven Verteidigern ihrer früheren Erfolge degradiert – meist mit wenig Erfolg.

Diese Analyse ist ja keineswegs neu. Egal ob aus einem Bauchgefühl heraus oder auf Basis empirischer Fakten, die meisten unserer Mitglieder wissen, dass es auch in Österreich bergab geht. Bahnbrechende Reformen und neue Konzepte erwarten selbst ihre eigenen FunktionärInnen schon lange nicht mehr von der SPÖ. Das bedeutet aber keineswegs, dass sich alle mit diesem Zustand abgefunden haben. Der schiere Wildwuchs an Reforminitiativen auf lokaler und regionaler Ebene beweist, dass sehr wohl Wille zum Fortschritt in der alten Sozialdemokratie besteht. In der Steiermark war es gerade deshalb nicht eine krachende Wahlniederlage, die den Ausschlag zur großangelegten Parteireform gab. Der Plan dafür wurde vielmehr am Tag nach dem Wahlsieg vom September 2010 beschlossen. Damals gelang es der steirischen SPÖ trotz Verlusten erneut klar den ersten Platz zu belegen und – zum zweiten Mal seit 1945 – mit Franz Voves den Landeshaupt-

mann zu stellen. Damit hätten noch Monate davor wenige gerechnet.

Vorausgegangen waren diesem Wahlerfolg fünf Jahre erbitertesten Kampfes in der Landespolitik. Die ÖVP hatte den Verlust des Landeshauptmannsessels 2005 nie wirklich verwunden und es zum erklärten Ziel gemacht, diesen elektoralen ‚Fehler‘ fünf Jahre später wieder auszubessern. Trotz dessen machten die Wählerinnen und Wähler die SPÖ am 26. September 2010 mit rund 38,3% der Stimmen wieder eindeutig zur Nummer eins, gaben ihr aber auch eine deutliche Warnung mit auf den Weg: In den obersteirischen Industrieregionen, dem Herz der sozialdemokratischen Bewegung in der Steiermark, verlor die SPÖ massiv. Gewonnen wurde die Wahl überraschenderweise vor allem in Graz. In der Landeshauptstadt kam der brauchtorientierte Wahlkampf der Volkspartei nicht richtig an und die Zugkraft eines Landeshauptmanns Franz Voves brachte einen unerwartet klaren Sieg für die SPÖ.

Grundsätzlich war dieses Wahlergebnis keineswegs etwas Besonderes: Herbe Verluste in (ehemaligen) Hochburgen setzt es für die SPÖ momentan bei beinahe jeder Wahl. Und letztendlich könnte man sagen, die Sozialdemokratie habe ihr Wahlziel erreicht, sei stärkste Partei geblieben und stelle weiterhin den Landeshauptmann. Das wäre die einfache Möglichkeit gewesen. Die steirische SPÖ aber entschied sich bereits am Tag nach der Wahl für einen anderen, weitaus schwierigeren Weg und zog zwei Konsequenzen aus der intensiven Ergebnisanalyse: Einerseits kam es zu einem grundlegenden Wandel in der Landespolitik. In der so genannten Reformpartnerschaft schlossen SPÖ und ÖVP mit dem Hick-Hack der Vergangenheit ab und bekannten sich zu einem neuartigen Reformkurs für die Steiermark. Grob zusammengefasst umfasste dieser neben einer tiefgreifenden Verwaltungsreform

besonders die Konsolidierung des Landesbudgets – die Steiermark wird ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen! – und die viel diskutierte Gemeindestrukturreform. Auch wenn am Anfang nur wenige in Medien und Bevölkerung an die Kontinuität dieser Reformpartnerschaft glaubten, bewiesen beide Parteien in den folgenden Jahren unglaublichen Mut und eine noch nie dagewesene Tatkraft im Aufbrechen veralteter Strukturen. Und eines muss ganz klar gesagt werden: Das mediale Heischen auf Umfragewerte und steirische Wahlergebnisse bei bundesweiten Wahlen reicht keineswegs zur Bewertung dieser neuen Form von Landespolitik aus.

Was die beiden Großparteien in der Steiermark seit 2010 auf die Beine gestellt haben, ist ein Reformprojekt das im Österreich der letzten 30 Jahre seinesgleichen sucht. Der Erfolg einer Reformpartnerschaft lässt sich nicht daran messen, welche Wahlergebnisse die beteiligten Parteien nach den abgeschlossenen Reformen bekommen – genug historische Beispiele beweisen, dass nach solch grundlegenden Reformen immer mit einem Stimmenverlust zu rechnen ist –, sondern daran, wie es dem Land und den Menschen in den Jahren danach ergeht. Gibt es ein engmaschiges soziales Netz, das auch langfristig finanzierbar ist? Sind die Kommunen in der Lage, ihre Aufgaben so zu erfüllen, dass sie nicht in den Konkurs schlittern? Hat das Land Handlungsspielräume, um auf neue politische Herausforderungen einzugehen, ohne selbst im Schuldenloch zu versinken? Kurz: Hat das Land eine Perspektive für die kommenden Generationen?

## MEHR BEWEGUNG, WENIGER PARTEI

Diese landespolitische Ausrichtung stellte auch die Weichen für eine Reform der sozialdemokratischen Bewegung in der Steiermark. Mit einer tiefgreifenden Strukturreform sollten die Lehren aus den Wahlergebnissen von 2010 – in Wahrheit aber der ganzen letzten Jahrzehnte – gezogen werden. Mitgliederschwund, degenerierte Ortsparteien, fehlende Verbindung zu den Vorfeldorganisationen, völlige Entpolitisierung der Parteistruktur, Wahlniederlagen in den früheren Hochburgen – all das waren ja keineswegs neue Phänomene. Aber anstatt die Augen davor zu verschließen, sollten sie in der Zeit bis zur Landtagswahl 2015 endlich angepackt werden. Hand in Hand mit dem Beginn der Reformpartnerschaft im Land wurden deswegen die Jahre 2011 und 2012 zur Themen- und Ideensammlung innerhalb der ganzen SPÖ Steiermark genutzt. Auf Basis der Problemstellungen und Herausforderungen vor denen einerseits SpitzenfunktionärInnen und MandatarInnen und andererseits vor allem die AktivistInnen unserer Bewe-

gung in den Städten und Gemeinden die SPÖ sahen, wurde ein Reformprozess erarbeitet. Am 1. Mai 2013 wurde dieser vor rund 3.000 Parteimitgliedern in Graz präsentiert. Nicht nur das mediale Echo, sondern vor allem auch die überwältigenden Rückmeldungen aus der Parteibasis – hunderte GenossInnen, die nach Möglichkeiten und Freiräumen zur Mitarbeit in der Parteireform verlangten – hat uns von Anfang an die Richtigkeit unseres Weges bewiesen.


Die folgenden eineinhalb Jahre waren geprägt von einer regen Reformtätigkeit. Direkt nach der Präsentation des Reformfahrplans nahmen 6 Task-Forces ihre Arbeit auf, die jeweils unter Einbindung aller Parteiebenen, – regionen und Vorfeldorganisationen die wichtigsten Fragen für die Zukunft der steirischen SPÖ intensiv bearbeiteten. Wie kann eine kampagnenfähige Parteistruktur im 21. Jahrhundert aussehen? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Parteiorganisation zu den Vorfeldorganisationen und Referaten? Und vor allem: Wie schlagen sich diese Änderungen in einem zeitgerechten Organisationsstatut nieder? In acht »Regional-Dialogen« kamen in der ganzen Steiermark Parteimitglieder und UnterstützerInnen zu stundenlangen Diskussionen mit der Parteispitze zusammen und planten gemeinsam die Umsetzung der Reform – mehr als 3.500 Menschen haben dieses Angebot angenommen. Aus 18 Bezirksorganisationen der SPÖ Steiermark wurden 8 Parteiregionen. Dadurch wurden Ressourcen frei, für eine neue Kompetenzfeldaufteilung innerhalb der Organisation, die vor allem direkte AnsprecherpartnerInnen für Kampagnenarbeit, Mitgliedermanagement und Verwaltung sowohl auf Landes-, als auch auf Regionsebene ermöglichten.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es die SPÖ bundesweit geschafft, fast ausnahmslos die wichtigste Säule ihrer Arbeit – die Ortsparteien, Sektionen und Mitglieder vor Ort – auszudünnen und zu entpolitisieren. Mit völlig neuen Angeboten und Serviceleistungen ist es uns gelungen, diesen Trend umzukehren und die Arbeit der SPÖ in den Orten und Städten endlich wieder in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Das ist auch notwendig, wenn die Sozialdemokratie in Zukunft wieder flächendeckend gesellschaftliche Diskussionen anregen und gewinnen möchte!

Parallel dazu wurden neue Möglichkeiten der Mitbestimmung innerhalb der SPÖ Steiermark geschaffen: Die Quoren für Urabstimmungen wurden gesenkt, ein eigener Themenrat geschaffen und die 40%-Geschlechterquote samt Reißverschlussprinzip auf Listen und einem Modus der positiven Dis-

kriminierung zur Einhaltung der Quote im Statut verankert. Orts- und Regionalparteien haben durch Gebietsversammlungen erstmals die Möglichkeit selbst Themensetzungen für die Politik der SPÖ Steiermark vorzugeben, die Mitspracherechte der befreundeten Organisationen und Referate wurden massiv aufgewertet. Vor allem aber gibt es über Gast- und unterstützende Mitgliedschaften sowie Themen- und Projektinitiativen ab sofort die Möglichkeit, nicht nur aktiv an unserer Politik mitzuarbeiten, sondern diese tatsächlich mitzugestalten und neue Ideen einzubringen – unter diesen Mitgliedern, die die Werte der Sozialdemokratie teilen, werden in Zukunft auch Mandate vergeben. Die SPÖ Steiermark öffnet sich: Parallel zur Stammorganisation ist eine zweite ‚Zielgruppensäule‘ für temporäre Mitglieder im Entstehen. Das neue Parteistatut, das all diese Schritte ermöglicht, wurde im November 2014 vom Reformparteitag einstimmig angenommen!

### POLITIK IN NEUER FORM

Und gleichzeitig setzte der Reformparteitag den Startschuss für eine inhaltliche Erneuerung der SPÖ Steiermark. Neue Strukturen sollten die Grundlage für Politik in neuer Form legen, denn erst mit einer repolitisierten SPÖ kann eine ernsthafte Programm- und Visionsdebatte gelingen. Die nächsten Monate und Jahre gehören deswegen einem tiefgreifenden Diskussionsprozess. „Wir stehen vor ganz neuen Herausforderungen. Kreisky kannte noch kein iPhone und kein Internet“, argumentierte Franz Voves das am Parteitag – und er kannte auch nicht die neuen Probleme und Fragestellungen, vor denen wir heute stehen. Eine Sozialdemokratie, die wieder in die Offensive kommen will, braucht neue Ideen und Visionen – für die Kommunen und Städte genauso, wie für die Steiermark und Europa. Auf Basis einer modernen Struktur und unter Einbindung besonders der jungen Köpfe in und um unsere Bewegung nimmt die SPÖ Steiermark Ressourcen und Zeit in die Hand, um den Raum für ernsthafte Programmatik und Diskussion zu schaffen, denn: Als Altpartei sind wir das Establishment. Heute aber müssen wir vom System zur Alternative werden! 

### MAX LERCHER

ist seit 2010 steirischer Landtagsabgeordneter und wurde im Jänner 2014 zum Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark bestellt.



**Alfons Walde**  
um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien



# Zu Arbeitsbegriff und Einkommensunterschieden

In ihrem Text setzt sich die frühere SPÖ-Abgeordnete Helga Hieden-Sommer mit der Bedeutung der Definition wirtschaftstheoretischer Begriffe für Fragen der sozialen Verhältnisse und der Verhältnisse der Geschlechter in unserem Rechts- und Wirtschaftssystem auseinander.

**M**eine Sicht auf Problemfelder änderte sich durch die Analyse wirtschaftstheoretischer Definitionen, die von praktisch allen Wissenschaften übernommen werden, wie die Definition von Arbeit und Wirtschaft und die Kategorien privat und öffentlich. Das Studieren der Erkenntnisse der Verfassungsrichter zur öffentlichen Familienförderung zeigten mir, wie diese Begriffe unser Rechtssystem entscheidend bestimmen.

## WIDERSPRÜCHE

Zunächst bedeutete »Arbeit« auch in meinen Aussagen nur »Erwerbsarbeit«. 1987 bekamen alle Parlamentarier eine Verteilungsstudie des Finanzministeriums. Darin wurde bezogen auf die Alterseinkommen festgestellt, dass im Pensions-system eine Umverteilung zu Gunsten der Frauen erfolgt. Die Umverteilungswirkung wurde durch Gegenüberstellung von Beitragszahlungen auf der einen und Pensionsbezügen auf der anderen Seite berechnet.

Aus der praktischen politischen Arbeit und aus Statistiken wusste ich andererseits, dass viele Frauen im Alter finanziell schlecht versorgt sind. Es besteht also offensichtlich ein Widerspruch zwischen dieser behaupteten Umverteilungswirkung und der tatsächlichen Versorgung im Alter.

Ein weiterer Widerspruch betreffend das Einkommen vieler Frauen fällt mir immer wieder auf. Nach allgemeiner Auffassung steht die Höhe des Einkommens im Zusammenhang mit der erbrachten Leistung; die ein sehr hohes Einkommen haben, erbringen eine hohe Leistung. Tatsache ist, dass insgesamt gesehen die Einkommen der Frauen wesentlich niedriger sind als die der Männer.

Wenn man den behaupteten Zusammenhang zwischen Höhe des Einkommens und der Qualität der erbrachten Leistung akzeptiert, müsste man den Schluss ziehen, dass die Frauen weniger leisten als die Männer. Andererseits leisten Frauen nach wie vor den größten Teil der Haushaltsarbeit und der Kinderbetreuung. Bezogen auf die berufstätige Frau wird in diesem Zusammenhang von »Doppelbelastung« gesprochen, und ich meine, Doppelbelastung entspringt hier einer Doppelleistung.

Die von vielen akzeptierte Auffassung, dass die Höhe des Einkommens der Höhe der Leistung entspricht, scheint zumindest im Hinblick auf die Frauen nicht zu stimmen. Beim Thema Einkommens- und Lebensverhältnisse von Frauen ist es daher aus diesen und anderen Gründen notwendig, auch die Beziehungen, die zwischen den Lebensverhältnissen von Männern und Frauen und zwischen den Einkommensverhältnissen von Männern und Frauen bestehen, in die Betrachtung einzubeziehen.

## BÜRGERLICH-FEUDALES UNTERHALTSRECHT

Viele Forschungsergebnisse haben die Erkenntnis gebracht, dass Geschlechterrollen historisch und wirtschaftlich geprägt sind, und nicht »natürlich« oder »gottgewollt«. Mitte der 1970er-Jahre wurde die Reform des Familienrechts mit dem Ziel der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichrangigen Partnerschaft zwischen Mann und Frau begonnen. Das Gesetz über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe hat die grundsätzliche Gleichwertigkeit der außerhäuslichen und häuslichen Tätigkeit für den Unterhalt der Familie festgestellt. Die Haushaltsführung wird nun als Beitrag zur Deckung der Bedürfnisse der Familie gewertet; die einseitige Verpflichtung

des Mannes zur Unterhaltsleistung für die Ehefrau durch die wechselseitige Verpflichtung zur Unterhaltsleistung abgelöst.

Was das Prinzip der Gleichheit durch die Anwendung des privatrechtlichen Unterhalts im öffentlichen Sozialrecht praktisch bedeutet, zeigt der Versuch, Gleichheit von Mann und Frau im Pensionsrecht umzusetzen. Statt die unzureichende Alterssicherung vieler Frauen durch eine eigenständige, ausreichende Alterssicherung für Frauen anzustreben, lenkten »Sozialrechtsexperten« und die Verfassungsrichter mit dem Witwerpensionserkenntnis die Diskussion auf die Gleichheit in der unterhaltsrechtlich begründeten Hinterbliebenenpension: 1981 wurde die Witwerpension für Ehemänner eingeführt. Einige Männer haben seither nach dem Tod der Ehefrau einen Anspruch auf eine Witwerpension. Frauen erlangen Gleichheit nach dem Tod. Die vielen im Alter schlecht abgesicherten Frauen – Arbeiterinnen, Witwen, geschiedene Frauen – erhielten keinen Schilling, erhalten keinen Euro mehr Pension.

## HAUSHALT: EINE WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR

Entscheidend ist, dass private Versorgungsarbeiten im Haushalt weiterhin nicht als Teil des Wirtschaftssystems anerkannt werden. Die Trennung von Betrieb und Haushalt wird nicht als wirtschaftliche Spezialisierung für die bürgerlich-kapitalistisch-industrielle Gesellschaft gesehen. Und die kapitalistische Wirtschaftstheorie erklärt alle Tätigkeiten im »privaten« Haushalt zu »Nicht-Arbeit«, weil sie außerhalb der auf Gewinn ausgerichteten Marktökonomie stattfinden; sie vermehren das Kapital nicht; sie scheinen im Bruttoinlandsprodukt nicht auf. Der grundsätzlich rechtlichen Gleichwertigkeit der häuslichen mit der beruflichen außerhäuslichen Arbeit auf der Mikroebene des privaten Haushalts stehen daher materielle Nachteile durch die fehlende Anerkennung der häuslichen Versorgungsarbeiten auf der Makroebene des Wirtschaftssystems gegenüber.

Die Hinwendung zur unterhaltsrechtlichen Betrachtung stellte außerdem sicher, dass im Sozialrecht die bürgerlich-unterhaltsrechtliche Sicht entsprechend dem über 200 Jahre alten privatrechtlichen Regelungen des ABGB bestehen bleibt. Die von den Arbeiterbewegungen nach und nach erkämpften sozialen Rechte orientierten und orientieren sich am jeweils geltenden Rechtssystem.

## GENDER PAY GAP

Neuerdings wird zum sogenannten Equal Pay Day auf die

fehlende Geschlechtergerechtigkeit bei den Einkommen hingewiesen. Als Equal Pay Day gilt jener Tag, an dem die Männer insgesamt bereits das verdient haben, was die Frauen erst am 31. Dezember erreichen. Dazu hieß es 2013, in einem Magazin für Kärntnerinnen: »Der derzeitige Einkommensunterschied bei Vollzeitarbeit zwischen Männern und Frauen beträgt in Kärnten 18,6 Prozent, was zwar die drittbeste Stelle im Bundesländervergleich ist, jedoch keinerlei Grund zum Jubeln darstellt.«

Heißt drittbeste Stelle, in Kärnten sind die Einkommen der Frauen relativ hoch? Manche Expertinnen und Experten scheinen nicht zu wissen, wie ein prozentueller Unterschied berechnet wird, wovon seine Höhe abhängt und was er aussagt.

Der Gender Pay Gap gilt als Diskriminierungsmaß von Gruppen; er wird in wissenschaftlichen Studien für die EU als die relative Differenz (dem Unterschied in Prozenten) zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Frauen und Männern definiert. Der Gender Pay Gap sagt daher nichts über die Höhe der konkreten Einkommen von Frauen und Männern aus. Ein niedriger Gender Pay Gap kann in niedrigen Stundenlöhnen für Männer begründet sein – was auf Kärnten zutrifft –, oder in relativ hohen Frauenstundenlöhnen, weil etwa gut qualifizierte Frauen in öffentlichen Zentralstellen vermehrt sogenannte A- oder B-Positionen erlangen können. Wien war deshalb an erster Stelle beim Vergleich der Bundesländer.

Allgemein verweist diese irreführende prozentuelle Messzahl für Einkommensunterschiede darauf hin, dass für eine sinnvolle Interpretation von Daten zum durchschnittlichen prozentuellen Unterschied immer die absoluten Werte ebenfalls einbezogen werden müssen. Der Gender Pay Gap hat bei Einkommensvergleichen Berechnungen des durchschnittlichen Einkommens und des mittleren Einkommens mit Deziltabellen verdrängt. Dass dies gleichzeitig mit dem raschen Steigen der sozialen Einkommensunterschiede geschieht, ist wohl kein Zufall.

## MAKROEBENE EINBEZIEHEN


»Vereinbarkeit von Beruf und Familie« ist nach wie vor ein wesentliches Ziel der Geschlechterpolitik. Für mich steht fest, dass zwar alle Maßnahmen auf der Mikroebene des Haushalts und des Betriebes hilfreich sind, die das Erreichen dieses Zieles für Frauen und Männer unterstützen, doch nicht hinrei-

chend. Solange der Familienhaushalt nicht als wirtschaftliche Struktur auch auf der Makroebene des Wirtschaftssystems anerkannt wird, bleiben Hausarbeit und private Kinderbetreuung zusätzlich zur Erwerbsarbeit als nicht anerkannte jedoch gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten bestehen. Die Erklärung des Familienhaushalts zur privaten Angelegenheit lässt die strukturell verursachten Schwierigkeiten als scheinbar rein private Probleme erscheinen. Die in der bürgerlich industriellen Gesellschaft institutionalisierte Trennung von »Haushalt und Betrieb« kann aber nicht auf der Mikroebene – im einzelnen Haushalt – für Mann und Frau vereinbar gemacht werden, ohne dass Überlastung oder finanzielle Abhängigkeit entstehen.

Der kapitalistische Produktivitätsbegriff als wesentlicher Maßstab für die Bewertung von Arbeiten bleibt ebenfalls erhalten. Daher werden im Finanzkapitalismus Spekulanten, die mit Tricks das Kapital wachsen lassen, hoch entlohnt; lebensnotwendige Hausarbeit und Kinderversorgung werden weiterhin aus der Theorie der Wirtschaftswissenschaft ausgeklammert.

Übergangen wird die Stellung der Haushalte beziehungsweise der Haushaltsmitglieder in der gesamtgesellschaftlichen Einkommensstruktur. Übersehen wird auch, dass die gesellschaftlichen Konzepte der Makroebene – sozialstaatlich gezähmter Kapitalismus oder neoliberaler schlanker Staat – entscheidend das Ausmaß der Einkommensungleichheit bestimmen, auch zwischen den Geschlechtern. Auf der Symbolebene lässt die ständige Darstellung der Werte der Börsenindex nebenbei glauben, diese seien ein Indiz für allgemeinen Wohlstand; ein Ansteigen des Börsenindex soll als Merkmal einer für alle günstigen wirtschaftlichen Entwicklung wahrgenommen werden, ein Sinken als Anzeichen für wirtschaftliche Schwierigkeiten.

## **WISSENSCHAFTSKRITISCHE ANALYSEN**

Wissenschaftliche Begriffe und Kategorien werden oft zum allgemeinen Sprachgebrauch wie der auf Erwerbsarbeit eingeschränkte Arbeitsbegriff der Wirtschaftswissenschaft, der die Versorgungsarbeiten im Haushalt und Studieren ausklammert. Begriffe und Kategorien kanalisieren die Wahrnehmung der Welt und lenken das Denken – auch wenn sie irreführend sind. Sie erzeugen kulturelle Selbstverständlichkeiten. Irreführende wissenschaftliche Begriffe, Kategorien und Forschungsmethoden erfordern daher wissenschaftskritische, fachübergreifende Analysen. 

### **HELGA HIEDEN-SOMMER**

war Vorsitzende des Landesfrauenkomitees der SPÖ Kärnten und gehörte von 1979 bis 1990 dem österreichischen Parlament als Abgeordnete zum National- bzw. Bundesrat an. Dem Beitrag liegt das im Oktober 2014 erschienene Buch »Politik und Wissenschaft. Öffentliche Meinungsbildung. Persönliche Erfahrungen« (ISBN 978-3-200-03762-5) zugrunde.



**Alfons Walde**  
Anneliese, um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien









**Alfons Walde**  
Grete, um 1940, Fine Art Print vom Originaldia  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien

# Dr. Jekyll und Mr. Hyde zu Tode geritten

In seinem Essay »Das doppelte Gesicht Europas« geht der deutsche Erziehungswissenschaftler und Soziologe Hauke Brunkhorst mit den demokratie- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen Europas hart ins Gericht. Für Stefan Brocza, der das Buch für die ZUKUNFT bespricht, hat der Autor zwar das richtige Thema gewählt, aber ungenau und fehlerhaft bearbeitet.

**D**ieses Buch ist ein Ärgernis. Nicht wegen seines Themas, sondern wegen der unzähligen Fehler und Ungenauigkeiten, die dem Autor unterlaufen und vom Lektorat des Verlages offensichtlich in Kauf genommen wurden. Hauke Brunkhorst, seines Zeichens Soziologe an der Universität Flensburg, versucht in diesem Essay dem doppelten Gesicht des europäischen Einigungsprozesses auf die Schliche zu kommen. Die von ihm dafür gefundene Analogie von »Dr. Jekyll und Mr. Hyde« mag im Vorwort noch als geistreich durchgehen. Das Bild wird jedoch sehr schnell und konsequent überstrapaziert. Die andauernde Wiederholung des anfänglich noch amüsanten Geistesblitzes nervt jedoch schnell.

Ebenso gewöhnungsbedürftig ist die über weite Strecken verschlungene und wohl bewusst verkomplizierende Sprache. Ulrich Greiner stellt dazu auf Zeit-Online treffend fest: Brunkhorst »wendet sich (...) leider nicht an den durchschnittlichen Leser, sondern er spricht, terminologisch bis an die Zähne bewaffnet, zu jenen Wissenschaftskollegen, die sich in den Höhen der Theorie zu Hause fühlen.« Umso erstaunlicher, dass der Text dann immer wieder in kurze Passagen der Schnoddrigkeit wechselt und dabei argumentativ auch schon mal untergriffig wird. Wenn es dem Autor passend scheint, wird dann auch schon mal von »zu proletarischer Adipositas neigenden Gewerkschaftsbossen« gesprochen (S. 137).

Die zentrale These des Buchs – »Mit der doppelten Entmachtung von Parlament und Regierung durch das Gericht und die Zentralbank scheint das Schicksal des demokratischen Klassenkampfes und des im verbundenen Parlamentarismus in Europa besiegelt« (S. 154) – hätte weder der Flucht in wis-


senschaftliche Unlesbarkeit noch billiger Kalauer und Polemik bedurft. Die Aussage ist stark genug und der Autor verpasst die Gelegenheit, damit einen breiteren Leserkreis zu erreichen. Auch die streckenweise Anlehnung an Martti Koskeniemi und Kaarlo Touris und ihre Unterscheidung von »kantian constitutional mindset« und »managerial mindset« hilft da nicht mehr weiter. Damit wird nur nochmals der nicht auflösbare Widerspruch von politischer Selbstbestimmung und demokratische Repräsentation durch Recht bzw. andererseits die bloße Instrumentalisierung und Technokratisierung des Rechts aufgezeigt. Diese zwei widersprüchlichen Seiten der gleichen Medaille dienen schlussendlich nur zur Untermauerung des anfänglichen »Jekyll&Hyde«-Ansatzes. Zu kompliziert, zu verschlungen in der Argumentation und schlussendlich mit einem dürftigen Allerweltsergebnis.

## KEIN FREIBRIEF

Der Text wird vom Autor selbst als Essay bezeichnet (S. 10). Diese Textform wählt man normalerweise, um geistreiche Ausführungen in einer eher freien Form zu Papier zu bringen. Die Wahl dieser Textform gibt jedoch keineswegs einen Freibrief zur Verbreitung falscher Tatsachen und unbelegter Anwürfe. Da wird etwa bereits zu Beginn behauptet, Europas »Gebiete in äußerster Randlage« (etwa französische Übersee-Départements) würde auf offiziellen Landkarten schamvoll verschwiegen (S. 14). Allein schon der Blick auf die Rückseite einer jeden einzelnen Euro-Banknote widerlegt dies! Die im Europarecht bahnbrechenden EUGH-Urteile »Dassonville« und »Cassis de Dijon« (beides Leitentscheidungen zur Warenverkehrsfreiheit im Binnenmarkt) werden ohne weitere Argumentation kühn in mehr oder weniger zeitlich logischer Konsequenz zu dem 1973 in Chile stattgefunden Putsch ge-



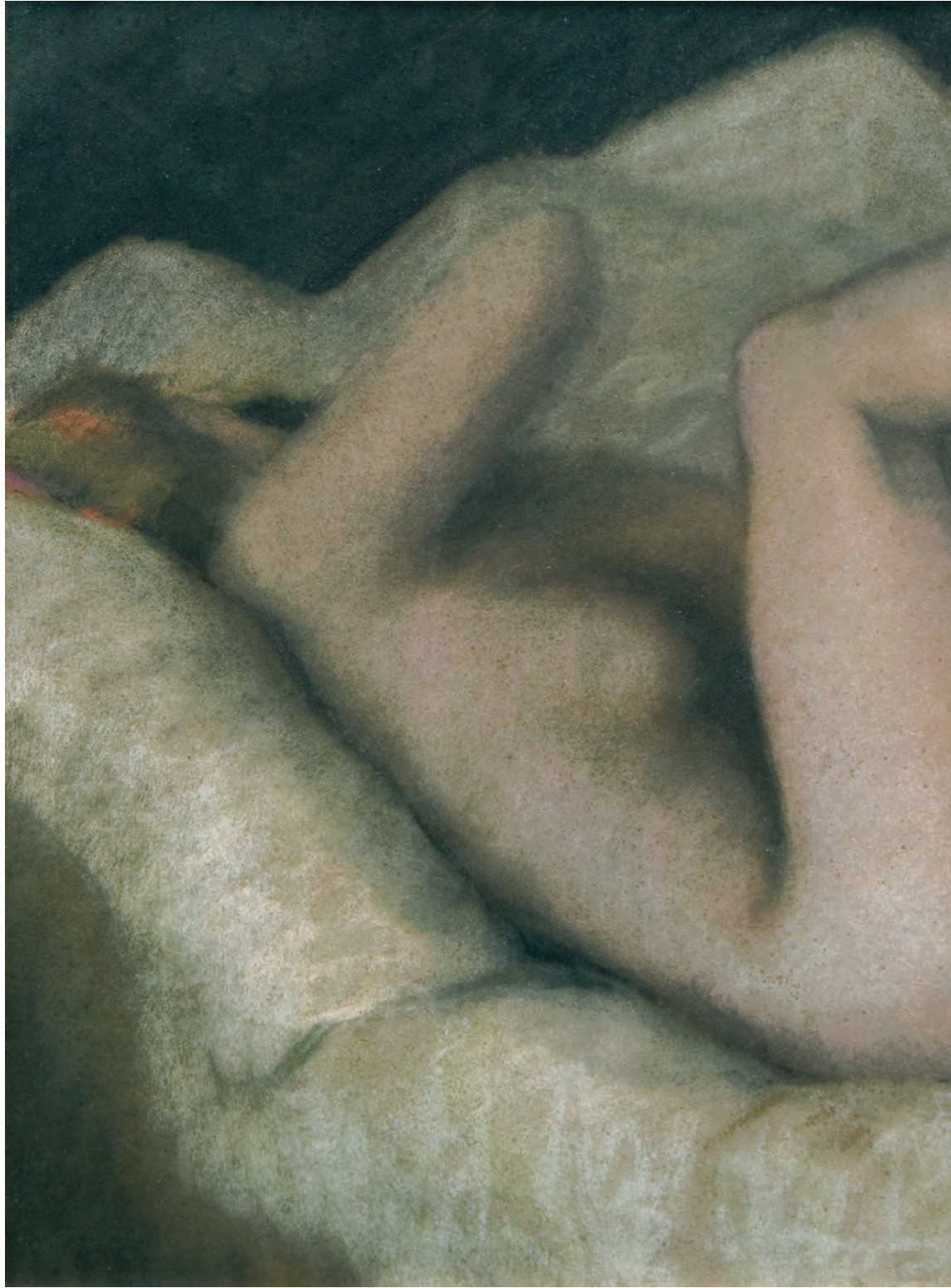
gen Allende gestellt (S. 131). Es folgt die (mit keinem einzigen Argument oder zumindest Zitat unterlegte) Behauptung »europäische und nationale Grundrechte werden durch die europäische Markt- und Eigentumsfreiheit eingeschränkt« (S. 132). An anderer Stelle wird der ehemalige US-Präsident Clinton kurzerhand zum Sozialdemokraten erklärt (S. 149) oder wörtliche Zitate eines Talkshow-Moderators als Belege für die Verquickung von Großkapital und Politik gebracht. Nur erfährt der Leser weder, wer dieser wörtlich zitierte Moderator sei, noch wo diese Aussagen getätigt wurden (S. 137). Aber auch mit der europäischen Institutionenlehre nehmen es Autor wie auch Verlagslektorat nicht immer so genau. Was zählt ist vielmehr ein das gesamte Buch durchziehendes EU-Bashing: Da wird dann auch schon mal der EU-Wettbewerbskommissar als der Schuldige für die Krise Südeuropas identifiziert und an den Pranger gestellt (S. 12). Warum ausgerechnet des Wettbewerbsressort an der Krise Schuld trägt? Keine Ahnung. Brunkhorst gibt dazu jedenfalls keine Antwort.

Dass sich angesichts solcher Mängel noch immer hymnische Besprechungen des Buchs finden, stellt den Rezensenten vor ein wahrhaftiges Rätsel. Offensichtlich reicht es, wenn man das Projekt EU nur heftig genug kritisiert; möglichst auch noch polemisch und untergriffig. Tut man dies, so muss man sich offensichtlich um den Wahrheitsgehalt des Gesagten gar nicht mehr so genau kümmern. Franz Schuh flüchtet sich in seiner Besprechung in der Zeit in Allgemeinplätze zur EU – nicht ohne dass Brunkhorstsche Buch dennoch zu loben. Wenn Isolde Charim im Tagesspiegel das alles dann aber gar als »fulminantes Buch« bezeichnet, dann erlaubt sich der Schreiber dieser Zeilen jedenfalls auch sein ganz persönliches Fazit: »ein fulminant schlechtes Buch.« 

#### STEFAN BROCZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen, lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

Hauke Brunkhorst: Das doppelte Gesicht Europas,  
edition suhrkamp, 2014, 218 S.







**Alfons Walde**  
Liebespaar, um 1932 / 33, Pastell auf Papier  
© Alfons Walde / Bildrecht, 2014, Wien

# Turing, Einwanderung & Kapitalismus

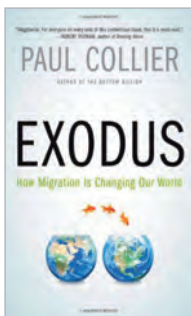


## Jan Eckel DIE AMBIVALENZ DES GUTEN

Menschenrechte in der Dekolonisierung, die Neuerfindung des westlichen Menschenrechtsaktivismus durch Amnesty International, die menschenrechtliche Außenpolitik westlicher Staaten, die internationalen Kampagnen gegen die

Pinochet-Diktatur, die osteuropäische Dissidentenbewegung – es werden die vielfältigen Projekte, die im Namen der Menschenrechte verfolgt wurden, analysiert.

VANDENHOECK & RUPRECHT, 936 Seiten, 61,70 Euro



## Paul Collier EXODUS

Dürfen wir Menschen an der Grenze abweisen und sie wieder in ihre Heimatländer zurückschicken, auch wenn dort Armut und Hunger herrschen? Einwanderungspolitik, schreibt Paul Collier, ist bislang eine Mischung aus viel Emotion und wenig Wissen. In seinem neuen

Buch zeigt er, warum es sich lohnt, einen völlig neuen Blick auf die weltweite Migration zu werfen.

SIEDLER, 320 Seiten, 23,70 Euro



## Achille Mbembe KRITIK DER SCHWARZEN VERNUNFT

Mbembe zeigt, wie sich der globale Kapitalismus seit dem Beginn der Neuzeit aus dem transatlantischen Sklavenhandel entwickelt hat. Mit Abolitionismus und Antikolonialismus kommt zwar eine erste globale Welle der Kritik an der »schwarzen Vernunft« des Kapitalismus auf. In seiner neoliberalen

Spielart überträgt er nun die Figur des »Negers« auf die gesamte »subalterne Menschheit«.

SUHRKAMP, 332 Seiten, 28,80 Euro



## Johannes Willms TUGEND UND TERROR

Ob die Französische Revolution denn ein Erfolg gewesen sei, erkundigte sich Henry Kissinger einmal bei Chinas kommunistischem Premierminister Zhou Enlai. »Zu früh, um das zu beurteilen«, lautete die berühmte Antwort. Johannes

Willms schildert, erklärt und analysiert Personen, Kräfte, Motive und lässt immer wieder auch die Akteure selbst zu Wort kommen.

C. H. BECK, 831 Seiten, 30,80 Euro

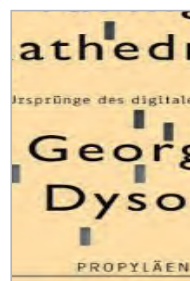


## Hazel Rosenstrauch CONGRESS MIT DAMEN

Der Wiener Kongress 1814/15: Den Damen der Wiener Hocharistokratie und der Zweiten Gesellschaft fiel eine wichtige Aufgabe zu. Die Autorin beleuchtet Schauplätze des Wiener Kongresses, stellt Nebenfiguren in den Vordergrund und erkundet, wie bei allen Bemühungen um

die Restauration des alten Regimes Neues entsteht, auch im Umgang mit der Komplexität der Moderne.

CZERNIN VERLAG, 192 Seiten, 19,90 Euro



## George Dyson TURINGS KATHEDRALE

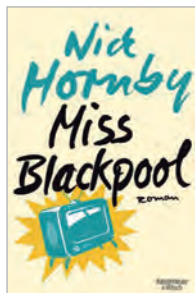
In den 1940er Jahren kam es am Institute for Advanced Study in Princeton zu einer einzigartigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit von Albert Einstein, Robert Oppenheimer, Kurt Gödel, Alan

Turing und John von Neumann. In engem Austausch arbeiteten sie an streng geheimen Projekten, darunter dem Bau der Atombombe und der Entwicklung des Computers, weitgehend finanziert vom US-Militär.

PROPYLÄEN, 592 Seiten, 26,80 Euro



# Pop, Berlin & Vampire



**Nick Hornby**  
MISS BLACKPOOL

Anfang der 60er: Barbara nimmt die Wahl zur »Miss Blackpool« nicht an, als ihr aufgeht, dass sie dann ein weiteres Jahr in diesem verschlafenen Provinzstädtchen verbringen müsste. Stattdessen zieht sie nach London, ins Herz der neu entstehenden Popkultur, um Komikerin zu werden. Was zunächst aussichtslos erscheint, wird Wirklichkeit. Doch was passiert, wenn Schönheit und Ruhm mit der Zeit verblasen? **KIEPENHEUER & WITSCH, 432 Seiten, 20,60 Euro**



**Christopher Isherwood**  
LEB WOHL, BERLIN

Kosmopolitisch, libertin, glamourös und dekadent – mit fotografischer Präzision erfasst Christopher Isherwood die letzten Tage der Weimarer Republik in Berlin und zeichnet unvergessliche Porträts der Menschen, die seinen Weg kreuzen. Im Hintergrund der Szenerie marschieren bereits die Nazis auf. Isherwoods Figuren verschließen die Augen vor der drohenden Katastrophe und feiern. **HOFFMANN UND CAMPE, 272 Seiten, 20,60 Euro**



**Joyce Carol Oates**  
DIE VERFLUCHTEN

Für Princeton ist das Jahr 1905 das Jahr des Fluches. Die beschauliche Universitätsstadt wird in ihren Grundfesten erschüttert, als Annabel auf der Schwelle zum Altar von einer dämonischen Gestalt entführt wird. Ihr Bruder Josiah macht sich auf die Suche und entdeckt das Grauen. Vampire treiben ihr Unwesen und reißen Princetons intellektueller Elite die Maske herunter. **S. FISCHER, 752 Seiten, 27,80 Euro**



**Güner Yasemin Balcı**  
ALIYAHS FLUCHT

Aliyah ist 23 und seit Jahren auf der Flucht. Unter falschem Namen versteckt sie sich in fremden Städten vor ihrer kurdischen Familie. Sie wollte das Doppelleben, die Heimlichtuerei um die verbotene Liebe zu ihrem Freund nicht mehr hinnehmen. Sie ist bereit, für ihre Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen. Doch ihr neues Leben ist gefährdet und trotz ihres Mutes ist Aliyahs Zukunft ungewiss. **S. FISCHER, 256 Seiten, 15,50 Euro**



**David Vann**  
GOAT MOUNTAIN

Der Vater lässt seinen 11-jährigen Sohn durchs Zielfernrohr seines Jagdgewehrs auf den Eindringling blicken, doch statt nur zu beobachten, drückt er ab. Und wirkt dabei befremdlich unberührt. Bestürzung über die eigene Tat, Tränen oder Reue bleiben aus. Ist dem Jungen die Tragweite seiner Tat nicht bewusst? Hat er kein Mitgefühl? Und was soll mit der Leiche geschehen? **SUHRKAMP, 270 Seiten, 23,60 Euro**



**Nino Haratischwili**  
DAS ACHTE LEBEN

Das achte Leben (Für Brilka) ist das Werk der auf Deutsch schreibenden, aus Georgien stammenden Autorin. Ein wuchtiges Epos, ein Familienroman, der mit hoher Emotionalität über die Spanne des 20. Jahrhunderts bildhaft und eindringlich, dabei zärtlich und fantasievoll acht außergewöhnliche Schicksale in die georgisch-russischen Kriegs- und Revolutionswirren einbindet. **FRANKFURTER VERLAGSANSTALT, 1280 Seiten, 34,95 Euro**

# Mangelnde SPÖ-Unterstützung für den notwendigen Kurswechsel in Europa


Sechs Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise taumelt die Wirtschaft der Eurozone in die dritte Rezession. Die wirtschaftliche Divergenz zwischen den Mitgliedstaaten nimmt zu und gefährdet das europäische Projekt. Die Antworten der EU-Kommission, die sie etwa in ihrem Jahreswachstumsbericht vom November 2014 dargelegt, sind völlig unzureichend. Der Druck auf die Mitgliedstaaten »Strukturreformen« wie den Abbau von Arbeitsmarktstandards oder Pensions- und Gesundheitsleistungen umzusetzen verschärft die Krise dramatisch. Mit dem Juncker-Investitionsplan wird zwar endlich ein expansives Element versucht. Doch dies wird scheitern, weil in Wahrheit keine zusätzlichen Mittel investiert werden und der gewählte Weg der Umsetzung Kosten und Risiken der öffentlichen Hand aufbürdet, um Gewinnmöglichkeiten für den privaten Sektor zu schaffen. Ohne Kurswechsel in der EU-Wirtschaftspolitik werden sich Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut weiter verfestigen, zuerst in den Krisenländern und dann auch bei uns.

Bei schwerer Unterauslastung der Wirtschaft kann die Erholung nur durch einen Nachfrageimpuls gelingen. Angesichts unsicherer Absatzerwartungen wird dieser nicht von den Investitionen, angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht vom Konsum kommen. Bleiben die öffentlichen Investitionen. Hier sind einerseits der Bedarf hoch (öffentlicher Verkehr, Energienetze, Kommunikation, Bildung, Pflege, Ökologie, sozialer Wohnbau) und die Finanzierungsbedingungen günstig. Andererseits sind die Staatsschulden zu hoch und der Fiskalpakt bietet keinen Spielraum.

Deshalb sollen die Mitgliedsländer gemeinsam einen Katalog an Zukunftsausgaben festlegen und sich verpflichten, dort 2015/16 zusätzlich zwei Prozent des BIP zu investieren und dies mittels langfristiger Kredite zu finanzieren. Das kann

zunächst durch die Einführung einer goldenen Investitionsregel ermöglicht werden: Sie erlaubt die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen zugunsten künftiger Generationen. Zudem soll die Europäische Zentralbank, statt weiter Banken und Vermögende zu stützen, Staatsanleihen im Ausmaß von zwei Prozent des BIP auf dem Primärmarkt erwerben, die die Mitgliedsländer zur Finanzierung ihrer koordinierten Zukunftsinvestitionen ausgeben.

Die lange anhaltende Schwäche der Nachfrage ist auch durch steigende Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen bedingt. Die sparfreudigen oberen Gruppen verzeichnen kräftige Zuwächse, die konsumfreudigen unteren Gruppen Verluste. Dies droht sich weiter zu verschärfen, weil Arbeitslosigkeit die Leistungseinkommen aus Arbeit dämpft, während die leistungslosen Kapitaleinkommen nach ganz oben fließen. Deshalb sind die Steuern auf Vermögen kräftig anzuheben und das Bankgeheimnis abzuschaffen, wie das Thomas Piketty und Gabriel Zucman fordern. Dadurch werden steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen, aktive Beschäftigungspolitik und Investitionen in Kindergärten, Bildung, Sozialarbeit und Pflege ermöglicht.

Die zentralen Eckpfeiler eines Kurswechsels liegen auf der Hand. Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass sich die österreichische Regierung oder wenigstens deren sozialdemokratischer Teil dafür in Brüssel einsetzt. Denn der Spardruck der Kommission gegenüber Frankreich, Italien und anderen Ländern bleibt ebenso unwidersprochen, wie die Initiativen zur Einführung einer goldenen Investitionsregel ohne Unterstützung. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien  
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>



# Cillit CEE Watertechnology GmbH

## Innovative Lösungen für Ihren Erfolg



- Trinkwasseraufbereitung
- Heizungs- & Kesselwasseraufbereitung
- Kühl- und Klimawasseraufbereitung
- Pool- & Zierbrunnentechnik
- Umwelt- & Abwassertechnik
- Planung, Analysen und Service
- Chemikalien-, Wartungs- und Ersatzteilmanagement

### CILLIT CEE WATERTechnology GmbH

A-1210 Wien  
Siemensstraße 160  
Tel.: +43/1/907 33 88-0  
Fax: +43/1/907 33 88-20

A-4493 Wolfers  
Leopold-Werndl-Straße 3  
Tel.: +43/7253/72 427-0  
Fax: +43/7253/72 427-20

[office@cillit-aqua.com](mailto:office@cillit-aqua.com)  
[www.cillit-aqua.com](http://www.cillit-aqua.com)

